

Inhalt

Sozioökonomische Faktoren in Deutschland besonders wichtig für Kompetenzdisparitäten zwischen Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund 1

Wutbürger für immer – wirklich? 6

Erwerbseinstieg beschleunigt Erstheirat von Frauen auch in den neuen Bundesländern 13

Sozioökonomische Faktoren in Deutschland besonders wichtig für Kompetenzdisparitäten zwischen Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund Ländervergleich auf Basis der PIAAC-Studie

Das Ausmaß der dauerhaften Zuwanderung nach Deutschland ragt in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen OECD Länder heraus (OECD, 2016). Deutschland ist heute somit eines der bedeutendsten Einwanderungsländer.

Die Zunahme der Migrationsbewegungen weltweit stellt Herausforderungen auf unterschiedlichen Ebenen an Ziel- und Aufnahmeländer. Mit Blick auf die zugewanderte erwachsene Bevölkerung steht in der OECD und besonders in Deutschland die Integration in den Arbeitsmarkt im Fokus der Diskussion (OECD, 2016). Damit diese gelingt, muss zunächst ein verlässliches Bild über die vorhandenen Kompetenzen der Zuwanderer gewonnen werden. Hierzu lassen erste Befragungen der kürzlich eingewanderten Flüchtlinge bereits einen ersten Eindruck der Lage zu. Im Durchschnitt ist von einem geringen formalen Bildungsabschluss auszugehen (Brücker, Rother & Schupp, 2016). So fordert Wöbmann (2015) beispielweise alternative Ausbildungsmodelle (u.a. Teilqualifizierung), die entsprechende Lebensverläufe in einem anderen kulturellen und gesellschaftlichen Setting berücksichtigen, um gering qualifizierte Zuwanderer für den deutschen Arbeitsmarkt vorzubereiten. Im Zuge derartiger Überlegungen wurden diverse Projekte gestartet, um zunächst die vorhandenen Kompetenzen von Zuwanderinnen und Zuwanderern zu erfassen (siehe auch OECD, 2016). In Deutschland stellen Maehler, Shajek und Brinkmann (in Druck) zum Beispiel ein Handbuch zu diagnostischen Verfahren für die Migrationsbevölkerung zusammen. Unter anderem wird hierbei die Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen erörtert (Atanassov & Erbe, in Druck). Demgegenüber wurden beim Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung“ Verfahren zur Kompetenzfeststellung für die Praxis (z.B. Agenturen für Arbeit, Jobcenter und Arbeitsmarktakteure) zusammengetragen (IQ Fachstelle, 2015). Dabei wird von der Prämisse ausgegangen, dass ein umfassendes Bild über die Kompetenzen eines Individuums, durch die Erfassung der beruflichen Kompetenzen alleine nicht ausreichend ist. Es werden ganzheitliche Standards von Verfahren zur Kompetenzfeststellung erwartet, bei denen sowohl berufliche Kompetenzen als auch Schlüsselkompetenzen und individuelle Ressourcen erfasst werden sollten (IQ Fachstelle, 2015). So ist zum Beispiel die Lesekompetenz grundlegend für andere fachliche Kompetenzen und weist einen starken Zusammenhang mit anderen Kompetenzbereichen auf (u.a. Maehler et al., 2013; OECD, 2013). Dieser Beitrag eruiert wie gut Zuwanderinnen und Zuwanderer im Vergleich zur Bevölkerung ohne Zuwanderungshintergrund im Ländervergleich qualifiziert sind und welche Faktoren von Bedeutung für ihre Schlüsselkompetenzen sind.

Schlüsselkompetenzen stehen im Zentrum der internationalen Umfrage des Programme for the International Assessment of Adult Competencies (PIAAC) der OECD: Schlüsselkompetenzen sind für eine erfolgreiche Bewältigung von Alltagsanforderungen in der heutigen Gesellschaft unerlässlich (vgl. OECD, 2013). Dabei wird die Lesekompetenz als eine der wichtigsten Schlüsselkompetenzen betrachtet. Unter Lesekompetenz wird in PIAAC das Verstehen, Nutzen und Interpretieren von geschriebenen Texten verstanden. Schlüsselkompetenzen beziehen sich auf alltagsnahe Situationen, die von Personen aus unterschiedlichen Ländern wie auch von verschiedenen Bevölkerungsgruppen innerhalb dieser Länder (wie Zuwanderer oder Bildungsgruppen) gleichermaßen bearbeitet werden können. Insofern können sie als Indikator für die zur Verfügung stehenden Humanressourcen eines Landes betrachtet werden, der indirekten Schätzungen, wie etwa über die Bildungsdauer in Jahren oder dem formalen Bildungsabschluss überlegen ist (u. a. Boudard & Jones, 2003; Schneider, in Druck), da diese über verschiedene Bildungssysteme nur eingeschränkt vergleichbar sind.

Im Rahmen dieses Beitrages soll zunächst die Frage erörtert werden, wie hoch die Lesekompetenzen der derzeitigen Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund (erste und zweite Generation) in ausgewählten OECD Ländern und Deutschland sind (1). Die Lesekompetenzen können als Indikator der sozial-kulturellen Integration herangezogen werden. Dabei ist ebenso von Interesse, wie sich die Schlüsselkompetenzen der ersten und zweiten Generation über die Länder hinweg unterscheiden. In einem weiteren Schritt steht die Frage im Mittelpunkt, welche soziodemografischen und sozio-ökonomischen Faktoren für das Ausmaß der Schlüsselkompetenzen von Bedeutung sind (2), um damit wichtige Anhaltspunkte für Integrationsmaßnahmen zu liefern.

Um diesen Fragestellungen nachzugehen, sollen die oben kurz skizzierten PIAAC Daten herangezogen werden. *PIAAC bietet eine einzige Datengrundlage im internationalen Vergleich, die eine repräsentative Auskunft über die Schlüsselkompetenzen der teilnehmenden Länder und verschiedenen Bevölkerungsgruppen innerhalb der jeweiligen Länder erlaubt.* Für die Analyse der Fragestellung wurden 14 OECD Länder die an der ersten Runde von PIAAC teilgenommen haben (2011/2012) und einen Migrantenanteil von mindestens 10% aufweisen, herangezogen. Im Rahmen von PIAAC wur-

den die Schlüsselkompetenzen der erwachsenen Bevölkerung (16- bis 65-Jährige) mit und ohne Zuwanderungshintergrund im OECD-Ländervergleich untersucht. Zuwanderungshintergrund wird hierbei in Abhängigkeit des eigenen Geburtsorts und des Geburtsorts beider Eltern definiert. Ist eine Person selbst, sowie deren Eltern im Land der Befragung geboren, dann wird diese als Person ohne Zuwanderungshintergrund klassifiziert. Demgegenüber werden Befragte, die selbst und auch deren beide Elternteile im Ausland geboren sind, als Personen mit Zuwanderungshintergrund der 1. Generation bezeichnet. Personen, die selbst in Zielland, deren Elternteile aber beide im Ausland geboren sind, werden dagegen als Personen mit Zuwanderungshintergrund der 2. Generation bezeichnet.

Schlüsselkompetenzen in PIAAC wurden auf Basis der Item-Response-Theorie (IRT) operationalisiert (weiteres in Martin et al., 2013). Die Lesekompetenzskala hat dabei einen Zwischenstufenabstand von 50 Punkten und ermöglicht die Zuordnung von Personen zu insgesamt sechs Fähigkeitsbereichen: von *Stufe Unter I* (≤ 175 Punkte) bis *Stufe V* (≥ 376 Punkte). Personen im Fähigkeitsbereich II (von 226 bis 275 Punkten) sind zum Beispiel in der Lage, Aufgaben aus dem beruflichen Kontext mit der kognitiven Anforderung, die „in der Aufgabenstellung gesuchten Informationen zu vergleichen, gegenüberzustellen oder zu erörtern“, oder „auch in digitalen Texten zu navigieren, um an verschiedenen Stellen des Dokuments Informationen zu identifizieren und darauf zuzugreifen“ (vgl. Zabal et al., 2013, S. 37).

Geringere Kompetenznachteile in der 2. Zuwanderergeneration

Im Vergleich zur Bevölkerung ohne Zuwanderungshintergrund weist die zugewanderte Bevölkerung (1. Generation) in allen untersuchten Ländern im Mittel niedrigere Lesekompetenzen auf (siehe Abbildung 1). Betrachtet man die Differenzen zwischen den mittleren Lesekompetenzen der zugewanderten Bevölkerung und Personen ohne Zuwanderungshintergrund zeigt sich, dass diese deutlich zwischen den Ländern variieren. Im Mittel zeigen sich die größten Unterschiede in Schweden (ca. 56 Punkte, $SE^1 = 2.2$; $p < 0.001$) und in den Niederlanden (ca. 45 Punkte, $SE = 3.3$; $p < 0.001$)², aber auch in Dänemark, Frankreich und Norwegen betragen sie mehr als 40 Punkte ($SE = 2.1, 2.0$ und 2.7 ; $ps < 0.001$). Diese Diskrepanzen entsprechen im Durchschnitt einer

Kompetenzstufe. Für Deutschland zeigt sich im Durchschnitt ein Unterschied von 36 Punkten ($SE = 2.9$; $p < 0.001$). Zuwanderer in Deutschland unterschieden sich insofern von der Bevölkerung ohne Zuwanderungshintergrund, indem sie im Durchschnitt Aufgaben im mittleren Schwierigkeitsbereich (240 Punkte) lösen können (entspricht Stufe II; siehe Zabal et al., 2013, S. 37). Dagegen ist die Bevölkerung ohne Zuwanderungshintergrund in Deutschland (im Mittel 276 Punkte) im Durchschnitt dem Kompetenzbereich zuzuordnen, in dem z.B. Aufgaben gelöst werden, „die Konstruktion von Bedeutung über mehrere größere Textteile hinweg oder mehrere Schritte zur Herleitung und Formulierung einer Antwort“ (entspricht Stufe III: 276-325 Punkte; siehe Zabal et al., 2013, S. 37), erfordern oder irrelevante oder unpassende Textinhalte ausblenden.

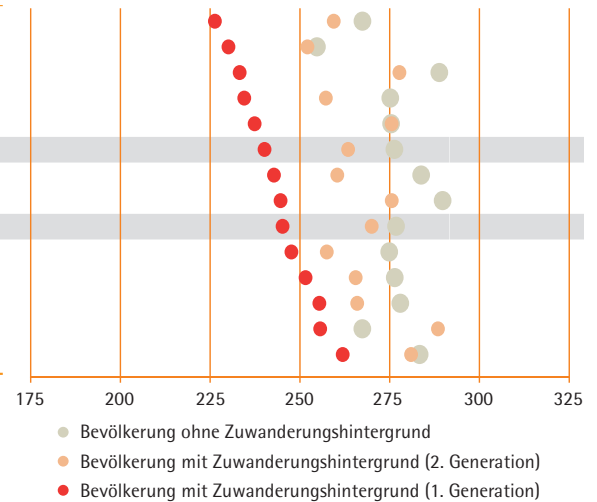
Die geringsten Unterschiede³ zwischen der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund lassen sich wiederum in Irland (5 Punkte, $SE = 2.4$; $p < 0.01$), Australien (12 Punkte, $SE = 2.0$; $p < 0.001$) und Kanada (22 Punkte, $SE = 1.5$; $p < 0.001$) beobachten. Wird der soziodemografische Hintergrund der Bevölkerungsgruppen betrachtet, dann zeigt sich, dass die jeweilige zugewanderte Bevölkerung in den englischsprachigen Ländern im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung ohne Zuwanderungshintergrund häufiger einen höheren Bildungsabschluss hat und die jeweilige Landessprache beherrscht. Demgegenüber sprechen Zuwanderer in den skandinavischen Ländern seltener die jeweilige Landessprache und Zuwanderer in den ehemaligen Kolonialländern weisen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung einen geringeren Bildungsstand sowie einen geringeren sozioökonomischen Status auf (vgl. Maehler, Massing & Rammstedt, 2014, S. 30).

Für die Bevölkerung der zweiten Zuwanderergeneration zeigen sich geringere Lesekompetenznachteile im Vergleich zur Bevölkerung ohne Zuwanderungshintergrund: Diese variieren im Mittel über alle Länder hinweg um nur ca. 7 Punkte ($SE = 1.3$; $p < 0.001$). So fällt auf, dass für Australien und die Vereinigten Staaten überhaupt keine Unterschiede in den Schlüsselkompetenzen zwischen der Bevölkerung ohne Zuwanderungshintergrund und den Nachkommen der Zugewanderten bestehen. In Kanada erzielt die zweite Zuwanderergeneration im Mittel sogar höhere Lesekompetenzen (10 Punkte, $SE = 2.1$; $p < 0.001$) als Personen ohne Zuwanderungshintergrund. In Deutschland

Grafik 1 Mittlere Lesekompetenz nach Zuwanderungshintergrund im Ländervergleich

Länder	Bevölkerung ohne Zuwanderungshintergrund		Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund (1. Generation)		Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund (2. Generation)	
	M	(SE)	M	(SE)	M	(SE)
Frankreich	267	(0,7)	226	(1,8)	259	(2,1)
Spanien	255	(0,7)	230	(2,8)	252	(9,0)
Schweden	289	(0,8)	233	(2,0)	278	(4,9)
Dänemark	275	(0,7)	234	(2,0)	257	(5,5)
Vereinigte Staaten	275	(1,2)	237	(3,3)	276	(3,9)
Deutschland	276	(1,1)	240	(2,7)	263	(2,9)
Norwegen	284	(0,7)	243	(2,7)	260	(8,2)
Niederlande	290	(0,7)	245	(3,2)	276	(4,7)
Länderdurchschnitt	277	(0,2)	245	(0,7)	270	(1,1)
Österreich	275	(0,8)	248	(2,1)	257	(4,3)
England/Nordirland (GB)	276	(1,1)	252	(3,5)	265	(4,4)
Kanada	278	(0,7)	256	(1,3)	288	(2,0)
Irland	267	(0,9)	262	(2,2)	281	(9,1)
Australien	283	(1,1)	271	(1,7)	284	(2,8)

Kompetenzmittelwerte nach Zuwanderungshintergrund



Datenbasis: PIAAC 2011/2012 doi:10.4232/1.12385 (deutsche Daten); <http://vs-web-fs-1.oecd.org/piaac/puf-data/SPSS/> (internationale Daten)

fallen die mittleren Kompetenzen der zweiten Zuwanderergeneration mit einer Differenz von 13 Punkten ($SE = 3.1$; $p < 0.001$) jedoch noch geringer als jene von Personen ohne Zuwanderungshintergrund aus.

In den meisten der hier betrachteten OECD Länder zeigt sich, dass, entsprechend den klassischen Assimilationsannahmen, Personen der ersten Zuwanderergeneration im Mittel niedrigere Schlüsselkompetenzen als

Personen der zweiten Zuwanderergeneration aufweisen (Differenz: 25 Punkte, $SE = 1.5$; $p < 0.001$). Die Kompetenznachteile verschwinden beinahe bei den Nachfolgenerationen – dieser Effekt ist auch in Deutschland zu beobachten (Differenz: 23, $SE = 4.0$; $p < 0.001$).

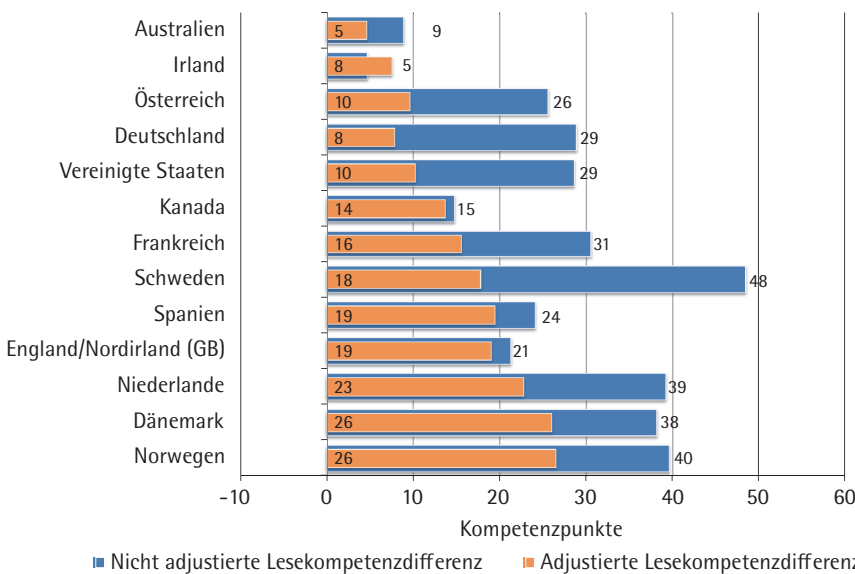
In allen Ländern unterscheidet sich die zugewanderte Bevölkerungsgruppe systematisch in den Schlüsselkompetenzen

von der entsprechenden Bevölkerung ohne Zuwanderungshintergrund. Die Frage die sich nun stellt ist, worin die Kompetenzdisparitäten begründet sind?

Individueller Hintergrund wie Bildung und Sprachkenntnisse entscheidend für Kompetenz-disparitäten zwischen Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund

Schlüsselkompetenzen gehen mit einer Reihe von Faktoren einher. So besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Lesekompetenz und Sprachkenntnissen. Um diesen systematischen Unterschieden Rechnung zu tragen, wurde mithilfe von Regressionsanalysen der Einfluss potenzieller Hintergrundmerkmale auf individueller Ebene (Sprachkenntnisse, Geschlecht, Geburtskohorte, eigener Bildungsabschluss, Bildungsabschluss der Eltern, sozioökonomischer Status und digitale Fertigkeiten) berücksichtigt. In der empirischen Bildungsforschung kann wiederholt ein Zusammenhang dieser zentralen Merkmale mit den Schlüsselkompetenzen nachgewiesen werden (u.a. Hanushek, Schwerdt, Wiederhold & Woessmann, 2013; Klaukien et al., 2013; Maehler et al., 2013; Maehler, Massing & Rammstedt, 2014, OECD, 2013; Stanat & Christensen, 2006; Wößmann, 2004). Aufgrund zu geringer Fallzahlen mussten für die folgenden multivariaten Regressionsanalysen jedoch Personen der ersten und zweiten Zuwanderergeneration zusammengelegt werden.

Grafik 2 Kompetenzdisparitäten zwischen der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund



Anmerkungen. Adjustierte Lesekompetenzdifferenz weist auf statistische Berücksichtigung der Kontrollvariablen in multivariaten Analysen hin. Bei Nicht-Adjustierter Lesekompetenzdifferenz wurden lediglich die Mittelwertunterschiede berichtet. Die erste und zweite Generation wurden aufgrund der geringen Fallzahlen zusammengefasst.

Datenbasis: PIAAC 2011/2012 doi:10.4232/1.12385 (deutsche Daten); <http://vs-web-fs-1.oecd.org/piaac/puf-data/SPSS/> (internationale Daten)

In allen Ländern mit Ausnahme von Irland reduzieren sich die Lesekompetenznachteile der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund nach Berücksichtigung der Hintergrundmerkmale deutlich – besonders in Schweden (um 30 Punkte weniger; $R^2 = .42$) und in Deutschland (um 21 Punkte weniger; $R^2 = .37$). Nach Adjustierung der soziodemografischen Merkmale bleiben, ähnlich wie es schon zuvor in Australien, Irland und Kanada der Fall war, auch in Deutschland, Österreich und in den Vereinigten Staaten nur noch unbedeutende Disparitäten bestehen (maximal 10 Punkte; $R^2 = .36$ bis $.37$). In den Ländern Dänemark und Norwegen bleiben dagegen auch nach Berücksichtigung der Hintergrundmerkmale bedeutsame Disparitäten bestehen (beide Länder weisen eine adj. Differenz von 26 Punkte auf; $R^2 = .37$).

Es kann festgehalten werden, dass sich in einigen OECD Ländern ein erheblicher Anteil der Disparitäten in den Schlüsselkompetenzen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund auf ihre soziodemografische und sozioökonomische Zusammensetzung zurückführen lassen (z.B. 37% der Varianz in Deutschland). Kompetenzunterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund reduzieren sich länderübergreifend insbesondere unter Berücksichtigung des jeweiligen Bildungshintergrunds. In Deutschland reduzieren sich die Kompetenzdisparitäten auf ein Drittel. Dies ist hauptsächlich auf Kohorteneffekte, das Bildungsniveau und den sozioökonomischen Status zurückzuführen⁴.

Länderkontext: Bedingungen in Zielländern sowie Herkunftsländern ebenso zu berücksichtigen

Neben dem Effekt von individuellen Hintergrundmerkmalen wie dem Bildungsniveau können die Variationen in den Kompetenzdisparitäten zwischen der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund zwischen verschiedenen Zielländern jedoch auch von weiteren strukturellen Kontextmerkmalen⁵ der jeweiligen Aufnahmeländer mitbestimmt sein (vgl. Teltemann, 2012). Dabei können beispielweise unterschiedlich selektive Einwanderungsbestimmungen oder die Herkunftsländer der Zuwanderer wichtige Determinanten sein. So wirken sich die strukturellen Bedingungen der betrachteten Zielländer wie zum Beispiel Kanada, wo selektive Einwanderungsbestimmungen

zum Einsatz kommen und die Zuwanderung somit nach Humankapitalkriterien bzw. nach Qualifikationshintergrund gezielt gesteuert wurde, auf die Zusammensetzung der Zuwanderungsbevölkerung aus (vgl. Korntheuer, Pritchard, & Maehler, 2017). Entsprechende OECD Länder weisen einen höheren Anteil an Zuwanderern mit hohem Bildungsabschluss auf (vgl. Maehler, Masing, & Rammstedt, 2014). Des Weiteren können sich die Kontexte der betrachteten Zielländer unmittelbar auf die Integration der Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund auswirken. In Spanien zum Beispiel reduzieren sich die Disparitäten in der Schlüsselkompetenz Lesen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund unter Berücksichtigung der individuellen Hintergrundmerkmale um lediglich 5 Punkte. Das Land lässt sich zum Beispiel durch einen restriktiven Zugang zur Staatsbürgerschaft charakterisieren (vgl. MIPEX⁶). Aber auch Kontextmerkmale des jeweiligen Herkunftslandes können eine Rolle für die Integration spielen. Zum Beispiel lässt sich die Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund in den skandinavischen Ländern durch einen hohen Flüchtlingsanteil kennzeichnen. Letztendlich lassen sich die Kompetenzdisparitäten, die in England/Nordirland (GB), Frankreich und den Niederlanden auch nach Kontrolle von soziodemografischen Faktoren bestehen bleiben, möglicherweise mit strukturellen Faktoren, wie sie durch einen niedrigen Integrationsindex indiziert werden, in Zusammenhang bringen (vgl. MIPEX).

Schlüsselkompetenzen von Zuwanderern heute: Maßnahmen vorhanden, Erfolg nicht garantiert


Die in PIAAC erhobenen Lesekompetenzen sind als Schlüsselkompetenzen zentrale Voraussetzungen, um beispielsweise berufsspezifische oder andere spezifische Kompetenzen durch Weiterbildungsaktivitäten zu erwerben, aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Wie die Analysen verdeutlichen, gehen Diskrepanzen in den Schlüsselkompetenzen mit individuellen soziodemografischen Merkmalen einher; in Deutschland spielen insbesondere Bildung und Sprachkenntnisse eine zentrale Rolle. Eine Perspektive für die weitere Forschung im Bereich der Schlüsselkompetenzen von Erwachsenen sollte daher besonders die Frage nach der Weiterbildung der ersten Zuwanderergeneration sein, da diese die

geringsten Lesekompetenzen in Deutschland aufweisen.

Die Herkunftsländer (u.a. Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea sowie Iran) der derzeitigen Zuwanderer in Deutschland unterscheiden sich maßgeblich von denen in der PIAAC-Studie aus den Jahren 2011/2012 (überwiegend Polen, Russische Föderation und Türkei). Im Vergleich z.B. zu den zugewanderten Gastarbeitern sowie Aussiedlern ist zu beobachten, dass bei Neuzuwanderern der letzten Jahren von Anfang an, mehr in strukturelle und soziale Integration investiert wurde (z.B. im Rahmen von Sprachkursen) bzw. ebenso ein großer gesellschaftlicher Diskurs besteht. So sind neben Deutschland, auch in Norwegen, Schweden und Österreich die Ausgaben für Bildung und Sprachkurse stark gestiegen (vgl. OECD, 2016). Es ist davon auszugehen, dass diese Zuwanderungskohorte im Rahmen der nächsten PIAAC Welle (zehnjähriger Zyklus: 2021/22) erfasst wird. Dies ermöglicht dann eine Evaluation der heutigen Maßnahmen. Andererseits muss ebenso die Komplexität der Zusammenhänge berücksichtigt werden: die Lesekompetenzdiskrepanzen zwischen der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund in den skandinavischen Ländern verringert sich deutlich nach Berücksichtigung von individuellen Hintergrundmerkmalen, sind jedoch immer noch die größten im Ländervergleich. In Europa zeigt sich, dass in den skandinavischen Ländern bereits Zuwanderer aus heute für Deutschland relevanten Herkunftsregionen angesiedelt sind. Möglicherweise können Erfahrungswerte z.B. aus Norwegen oder Schweden für Deutschland aufschlussreich sein. Denn auch mit positiven Bewertungen der strukturellen Integrationsbedingungen (siehe MIPEX), lassen die verbliebenen Diskrepanzen in den entsprechenden Ländern noch viel Spielraum für Interpretationen. Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, dass bei den geflüchteten Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland der letzten Jahre neben ökonomischen Auswanderungsmotiven, vor allem Motive wie Krieg und Verfolgung zugrunde liegen (Brücker, Rother & Schupp, 2016). Die damit einhergehenden emotionalen Belastungen können sich stark auf den Erwerb und Weiterbildung von Schlüsselkompetenzen auswirken bzw. inhibieren (zum Zusammenhang von Motivation und Kompetenzen bei Erwachsenen siehe z.B. Gorges, Maehler, Koch, & Offerhaus, 2016; zur kultursensiblen klinischen Psychodiagnostik siehe z.B. Nesterko & Glaesmer, im Druck).

Literatur

- Atanassov, R. & Erbe, J. (in Druck). Gleichwertigkeitsfeststellung für im Ausland erworbene Berufsqualifikationen. In D. B. Maehler, A. Shajek, & H.U. Brinkmann, *Handbuch Diagnostische Verfahren für die Migrationsbevölkerung in Deutschland*. Göttingen: Hogrefe.
- Boudard, E. & Jones, S. (2003). The IALS approach to defining and measuring literacy skills. *International Journal of Educational Research*, 39(3), 191-204.
- Brücker, H., Rother, N. & Schupp, J. (2016) (Hrsg.). *IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse*. BAMF Forschungsbericht 29/2016. Verfügbar unter <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf>
- Gorges, J, Maehler, D. B., Koch, T. & Offerhaus, J. (2016). Who'd like to learn new things? Compiling PIAAC items used in 21 countries into a scale to measure adults' motivation to learn. *Large-scale Assessments in Education*, 4 (9). doi: 10.1186/s40536-016-0024-4
- Korntheuer, A., Pritchard, P., & Maehler, D. B. (2017). *Structural context of refugee integration in Canada and Germany*. Mannheim: GESIS Schriftenreihen.
- Hanushek, E. A., Schwerdt, G., Wiederhold, S. & Wößmann, L. (2013). Re turns to Skills Around the World: Evidence from PIAAC. *OECD Education Working Papers*. Paris: OECD Publishing.
- IQ Fachstelle Beratung und Qualifizierung (2015). *Praxishandreichung. Migrations-spezifische Verfahren zur Kompetenzfeststellung für Agenturen für Arbeit, Jobcenter und Arbeitsmarktakeure*. Nürnberg: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung. Verfügbar unter http://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/FBQ/Materialien/Material/160314_Praxishandreichung_KFV.pdf
- Klaukien, A., Ackermann, D., Helmschrott, S., Rammstedt, B., Solga, H. & Wößmann, L. (2013). Grundlegende Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt. In B. Rammstedt (Hrsg.), *Grundlegende Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich. Ergebnisse von PIAAC 2012* (S. 127-165). Münster: Waxmann.
- Maehler, D. B., Massing, N., Helmschrott, S., Rammstedt, B., Staudinger, U. M. & Wolf, C. (2013). Grundlegende Kompetenzen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen (S. 77-124). In B. Rammstedt (Hg.). *Grundlegende Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich – Ergebnisse von PIAAC 2012*. Münster: Waxmann.
- Maehler, D. B., Shajek, A. & Brinkmann, H.U. (in Druck). *Handbuch Diagnostische Verfahren für die Migrationsbevölkerung in Deutschland*. Göttingen: Hogrefe.
- Maehler, D. B., Massing, N. & Rammstedt, B. (2014). *Grundlegende Kompetenzen Erwachsener mit Migrationshintergrund im internationalen Vergleich: PIAAC 2012*. Münster: Waxmann.
- Martin, S., Zabal, A., Helmschrott, S., Ackermann, D., Massing, N., & Rammstedt, B. (2013). Qualitätssicherung, Design und Datenqualität. In B. Rammstedt (Hrsg.), *Grundlegende Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich – Ergebnisse von PIAAC 2012* (S. 167-182). Münster: Waxmann.
- Nesterko, Y. & Glaesmer, H. (im Druck). Kultursensible klinische Psychodiagnostik bei Erwachsenen. In D. B. Maehler, A. Shajek, & H.U. Brinkmann, *Handbuch Diagnostische Verfahren für die Migrationsbevölkerung in Deutschland*. Göttingen: Hogrefe.
- OECD. (2013). *OECD skills outlook 2013: First results from the Survey of Adult Skills*. Paris: OECD Publishing.
- OECD. (2016). *International migration outlook. Continues trends in international migration*. Paris: OECD Publishing. Doi: 10.1787/migr_outlook-2016-en
- Schneider, S. (in Druck). Das Bildungsniveau von Migrantinnen und Migranten: Herausforderungen in Erfassung und Vergleich. In D. B. Maehler, A. Shajek, & H.U. Brinkmann, *Handbuch Diagnostische Verfahren für die Migrationsbevölkerung in Deutschland*. Göttingen: Hogrefe.
- Snijders, T. A. B. & Bosker, R. J. (1999). *Multilevel analysis. An introduction to basic and advanced multilevel modeling*. London: Sage Publishers.
- Stanat, P. & Christensen, G. (2006). *Where immigrant students succeed: A comparative review of performance and engagement in PISA 2003*. Paris: OECD Publishing.
- Wößmann, L. (2004). How equal are educational opportunities? Family background and student achievement in Europe and the United States. *CESIFO Working Paper Nr. 1162*. München: Münchener Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftswissenschaft – CESifo GmbH.
- Wößmann, L. (2015). *Zwei Drittel können kaum Lesen und Schreiben*. In Zeit Online, Ausgabe 47.
- 1 Standardfehler
 - 2 Unterschiede weisen große Effektstärke von $g = .80$ bis $g = 1.03$ auf.
 - 3 Unterschiede weisen niedrige Effektstärke bis $g = .30$ auf.
 - 4 Für weitere Informationen zu Berechnungen siehe Maehler, Massing & Rammstedt, 2014, S. 176.
 - 5 Diese Faktoren können auf Basis der vorliegenden Daten nicht berücksichtigt werden. Um zum Beispiel eine Mehrebenenanalyse mit Berücksichtigung von strukturellen Ländereffekten durchzuführen, sind zwei Voraussetzungen hier nicht gegeben: eine ausreichende Anzahl der zu betrachtenden Länder (hier nur 14) und eine Zufallsauswahl der betrachteten Länder, um verlässliche Ergebnisse zu gewinnen (u.a. Snijders & Bosker, 1999).
 - 6 http://www.mipex.eu/sites/default/files/downloads/mipex_iii_de.pdf.


 Débora B. Maehler
 GESIS
 Tel.: +49/621/1246-516
debora.maehler@gesis.org

Wutbürger für immer – wirklich?

Ein Blick auf die Wut über Stuttgart 21, 2011 bis 2015

Fällt der Begriff „Stuttgart 21“ so assoziieren die meisten Zeitungsleser mit ihm nicht nur das größte und umstrittenste Infrastrukturprojekt Deutschlands in den letzten Jahren, sondern vor allem auch die massiven Proteste, die mit ihm einhergingen. Besonders der Abriss des Nordflügels am Stuttgarter Hauptbahnhof ab August 2010 und der folgenschwere Polizeieinsatz am sogenannten Schwarzen Donnerstag (30. September 2010), welcher mittlerweile durch ein Gerichtsurteil als rechtswidrig erklärt worden ist, lieferten Bilder, die wohl für lange Zeit Teil des kollektiven Gedächtnisses sein werden. Zeitgleich zu diesen Bildern fand ein in einem Spiegel-Artikel entworfenen Neologismus Eingang ins deutsche Vokabular, welches Wort des Jahres wurde: Wutbürger.

Mit dem Begriff illustriert Kurbjuweit (2010) die steigende Intensität, mit der das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21 und andere Projekte von einigen demonstrierenden Bürgern emotional begleitet worden ist:

„Die Proteste gegen Stuttgart 21 werden von Bürgerlichen getragen, darunter CDU-Wähler und Rentner. Auch sie treibt die nackte Wut, auch sie brüllen und hassen. Tag für Tag, Woche für Woche zieht es sie an den Bauzaun, wild entschlossen, in fanatischer Gegnerschaft“ (Kurbjuweit 2010).

„Der Wutbürger denkt an sich“, so Kurbjuweit weiter, „nicht an die Zukunft seiner Stadt.“ Neu an dieser Form des Protestes ist zudem, zumindest in der medialen Wahrnehmung, nicht nur die Intensität und hohe Emotionalität, sondern auch das Profil der Protestierenden. Konnten diese noch vor einigen Jahren und auf Basis der bestehenden Literatur zu Protesten als post-materialistisch, links und dementsprechend zumeist jung und gebildet charakterisiert werden (Baumgarten und Rucht 2013), so durchdringt die Protestkultur heute breitere Kreise (Rucht 2007). Wutbürger, das sind nicht die jungen Radikalen, sondern arrierte deutsche Staatsbürger.

Dies zeigt auch eine Analyse der „journalistischen Aussagen zu den Protesten“ von Baumgarten und Rucht (2013) in der die Protestanten gegen Stuttgart 21, also die entschiedensten Gegner, in den Medien als gut situierte, konservative, ältere Bürger beschrieben wurde. Diese Sicht kontrastieren die Autoren mit einer eigenen explorativen Studie, für deren Datenbasis sie Teilnehmer einer Montagsdemonstration befragten. Am Ende können die Autoren die Sicht der Medien nicht bestätigen: „Unsere Ergebnisse

bestätigen kaum eines der in den Medien oft detailliert ausgeschmückten Bilder des typischen Demonstranten gegen „Stuttgart 21“. Diese gehören nicht überwiegend der älteren Generation an und kommen nur zu einem sehr geringen Anteil aus dem konservativen Bürgertum. Wie bei den meisten Demonstrationen der letzten Jahrzehnte in Deutschland rekrutieren sich die Protestierenden eher aus dem linksorientierten Spektrum und verfügen über hohe Bildungsabschlüsse“ (Baumgarten und Rucht 2013: 122).

Unabhängig vom genauen Profil der Protestierenden ist jedoch ein verbindendes Element unstrittig: das der Wut. Wut über den Tiefbahnhof, Wut über das Verfahren, Wut über „die Politik“ im Allgemeinen und Wut über eine Politik des „Nicht-gehört-Werdens“. Eine Wut, die am Ende in der Wut über Stuttgart 21 kulminiert und als höchst

emotionales Thema (abseits der Fukushima-Katastrophe) den Ausgang der baden-württembergischen Landtagswahl 2011 und die darauf folgende erste Legislaturperiode der ersten grün-roten Koalition in einem deutschen Bundesland mitbestimmen sollte (Blumenberg und Faas 2017).

Neu und unbekannt sind die Auswirkungen von Emotionen auch auf politische Einstellungen und die Informationswahrnehmung jedoch keineswegs. So wird die Rolle der Emotionen innerhalb der Politikwissenschaft, auch getrieben durch neuere Befunde der Psychologie, nicht nur in Deutschland intensiv diskutiert (zum Beispiel in Faas et. al. 2010). Dass die Emotionen zu einem Gegenstand so lang anhaltend sind, wie im Fall von Stuttgart 21, ist jedoch ungewöhnlich.

Im folgenden Beitrag, der fast 7 Jahre nach dem schwarzen Donnerstag, eine Volksabstimmung und eine grün-rote Legislaturperiode später entsteht, soll aus diesem Grund noch einmal der Blick zurück und auf die Entwicklung von Emotionen rund um Stuttgart 21, insbesondere der Wut über Stuttgart 21, gelenkt werden. Das leitende Interesse gilt dabei insbesondere der Frage, wie sich die Wut in verschiedenen Teilen der Bevölkerung im Zeitverlauf der ersten Legislatur-

Tabelle 1 Übersicht über Zeiträume der Befragungen

Befragung	Studie	Zeitraum
1	Wahlstudie Baden-Württemberg 2011	18.11.2010 bis 02.02.2011
2	Wahlstudie Baden-Württemberg 2011	13.02.2011 bis 26.02.2011
3	Wahlstudie Baden-Württemberg 2011	27.02.2011 bis 12.03.2011
4	Wahlstudie Baden-Württemberg 2011	13.03.2011 bis 26.03.2011
Landtagswahl 27.03.2011		
5	Wahlstudie Baden-Württemberg 2011	28.03.2011 bis 18.04.2011
6	Wahlstudie Baden-Württemberg 2011	17.05.2011 bis 25.05.2011
7	Volksabstimmung „Stuttgart 21“	30.10.2011 bis 12.11.2011
8	Volksabstimmung „Stuttgart 21“	13.11.2011 bis 26.11.2011
Volksabstimmung 27.11.2011		
9	Volksabstimmung „Stuttgart 21“	28.11.2011 bis 14.12.2011
10	Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie	14.08.2012 bis 03.09.2012
11	Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie	13.07.2013 bis 09.08.2013
12	Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie	10.09.2014 bis 10.10.2014
13	Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie	09.09.2015 bis 04.10.2015

periode der ersten grün-roten Regierung in Baden-Württemberg entwickelt hat.

Stuttgart 21 im langfristigen Fokus¹

Um die Emotionen zu Stuttgart 21 langfristig nachvollziehen zu können, wurde auf ein sogenanntes Panel zurückgegriffen, in dessen Rahmen ein identischer Kreis von Personen insgesamt dreizehn Mal befragt worden ist (vgl. auch Faas und Blumenberg 2012; Blumenberg und Faas 2013; Faas und Blumenberg 2013). Die Datenbasis wurde dabei im Rahmen der drei verbundenen Studien „Wahlstudie Baden-Württemberg 2011“², „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘“ sowie „Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“ gewonnen.³ Im Mittelpunkt aller Studien standen Prozesse der Informationsverarbeitung und Entscheidungsfindung im Umfeld der Landtagswahl 2011 beziehungsweise der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 im November 2011. Aus diesem Grund wurde zunächst ein besonderes Studiendesign implementiert („rollierendes Panel“), das es erlaubte, die Informationsverarbeitungsprozesse vor der Landtagswahl 2011 besonders feinkörnig zu beobachten (Faas und Blumenberg 2012). Anschließend wurden die Befragten im Rahmen „normaler“ Panelwellen weiter befragt. Tabelle 1 fasst die einzelnen Befragungszeitpunkte zusammen.

Zu Beginn der Untersuchungen wurden zunächst im November des Jahres 2010 Teilnehmer des Online-Access Panels von YouGov eingeladen an einer Online-Umfrage teilzunehmen. Die rekrutierten und befragten Personen der ersten Befragung, an der insgesamt 3.150 Personen teilnahmen, sollten dabei die Struktur der Wahlbevölkerung Baden-Württembergs möglichst gut abbilden. Die so ausgewählten Personen wurden nach der ersten Befragung weitere zwölf Mal zu Befragungen ausgewählt. Von den Teilnehmern der ersten Befragung nahmen rund 15 Prozent (circa 500 Personen) an allen weiteren Befragungen bis Ende 2015 teil. Dies ist insbesondere deshalb bemerkenswert, als dass es bei Panelbefragungen verschiedene Gründe gibt, warum Personen gegebenenfalls nicht mehr an weiteren Befragungen teilnehmen. Manche dieser Gründe haben dabei auch mit der Befragung selbst zu tun. Dies tritt beispielsweise ein wenn das Thema die Befragten nicht interessiert, oder die Fragen zu schwierig zu beantworten sind und führt zu Ausfällen, die nicht „stichprobenneutral“ sind („Selektive Panelmortalität“ oder „Panel attrition“). In

Folge werden die Ergebnisse der folgenden Befragungen verzerrt. Daneben kommt es im Befragungsverlauf unter anderem zu Lerneffekten („Panel-Conditioning“), die ebenfalls verzerrend auf die Ergebnisse wirken können. All diese Probleme wirken umso stärker, je länger (Anzahl der Befragungen) eine Panelbefragung durchgeführt wird. Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich die Ergebnisse einer Panelbefragung ab der zweiten Befragungswelle nur sehr schlecht dazu eignen Aussagen zu treffen, die sich auf Einstellungen der Gesamtbevölkerung beziehen. Um jedoch Veränderungen bei einzelnen Personen oder gleichbleibenden Gruppen zu skizzieren, sind sie hervorragend geeignet. Genau dieses Ziel wird in diesem Beitrag verfolgt. Für die nachfolgenden Ergebnisse werden deshalb nicht alle Personen beobachtet, die jemals an der Befragung teilgenommen haben. Stattdessen wird die Analyse auf die Personen begrenzt, die an allen dreizehn Befragungen teilgenommen haben. Bei der Datenbasis für diesen Aufsatz handelt es sich also genau genommen um ein balanciertes Panel, das auf dem unbalancierten Panel der oben genannten Studien beruht.

Die Einstellungen und Emotionen zu Stuttgart 21 wurden dabei im Rahmen der Studien direkt gemessen. Konkret bedeutet dies, dass für Stuttgart 21 gefragt wurde, ob die Befragten für oder gegen Stuttgart 21 sind oder ob sie dies nicht wissen. Eine feinkörnigere Abstufung war deshalb nicht nötig, da die meisten Personen, wenn sie eine Position zu dem Thema haben, klare Stellung beziehen und diese dann auch langfristig annehmen (siehe auch die Analysen zu Stuttgart 21 in Blumenberg und Faas 2016).

Für die Emotionen zu Stuttgart 21 wurde den Befragten eine Liste mit möglichen Emotionen präsentiert (Angst, Ärger, Ohnmacht, Hoffnung, Freude, Verachtung, Wut, Gleichgültigkeit) zu denen sie angeben sollten, „in welchem Ausmaß“ Stuttgart 21 die jeweiligen Gefühle bei ihnen auslöst.

Sowohl Einstellungen zu Stuttgart 21 als auch die Emotionen zu Stuttgart 21 (insbesondere die Wut), sind die Variablen, die durch meine Analyse erklärt werden sollen (abhängige Variablen). Auf der Seite der erklärenden Variablen (unabhängige Variablen), die auch die Gruppen für die Analysen aufspannen, stehen soziodemografische Daten wie Geschlecht, Alter und Bildung genauso wie ein Maß der ideologischen Positionierung (Links-Rechts Selbstinstu-

fung) sowie zwei Messungen der möglichen Betroffenheit/Involviertheit von/in Stuttgart 21 (Entfernung zum Bahnhof sowie Häufigkeit der Bahnnutzung). Soweit möglich wurden die Befragten dabei stets nach Einstufungen auf möglichst feinkörnigen Skalen befragt. Aus Darstellungsgründen wurden diese dann für die folgenden Grafiken, nicht jedoch für das abschließende Modell, zusammengefasst.

Die Auswahl der erklärenden Variablen orientiert sich an der in den Medien und in der Analyse von Baumgartner und Rucht (2013) formulierten Logik. So beschreiben diese die Protestierenden – und aus diesen lässt sich auch eine allgemeinere Form der Protestgegner ableiten – zunächst über einschlägige soziodemografische Merkmale. Ergänzt wird diese Perspektive um bestimmte Wertvorstellungen, welche in der Analyse stark vereinfacht durch die abstrakte Links-Rechts Selbstverortung abgebildet wird. Die formulierten Hypothesen der genannten Autoren aufgreifend gehe ich davon aus, dass insbesondere hohe Bildung einen Effekt auf die Wut über Stuttgart 21 haben sollte. Für das Alter gibt es gleich zwei konkurrierende Thesen: So gehören junge Menschen zu den klassischen Protestierenden. Im Falle von Stuttgart 21 wurden jedoch auf Medienseite (nicht jedoch von Baumgartner und Rucht) insbesondere oft ältere Personen angeführt. Aus dieser Perspektive ist auch ein nicht-linearer Alterseffekt nicht unwahrscheinlich, so dass ergänzend zum Alter bzw. dem klassierten Alter auch das quadrierte Alter aufgenommen wird. Das Geschlecht der Befragten dürfte neben diesen Merkmalen insgesamt eine geringe Rolle spielen.

Die Rolle der Ideologie bleibt so unklar wie die des Alters. Auch hier stehen die Ansichten der Medien und Baumgartner und Rucht (2013) konträr zu einander. Während in den klassischen Analysen eher linke Personen als Gegner auftauchen, so scheint sich bei Stuttgart 21 das Bürgertum gegen Stuttgart 21 zu positionieren.

Neben Soziodemografie und Ideologie spielt für die Einstellung zu Stuttgart 21 auch die Betroffenheit eine Rolle. Dies ist eine Position, die insbesondere auch in dem eingangs zitierten Wutbürger-Aufsatz von Kurbjuweit diskutiert wird. Personen, die unmittelbar durch die Baumaßnahmen betroffen sind, sollten demnach eher wütend über das Projekt sein. Gemessen wird dies über die Entfernung des Wohnortes der jeweiligen Person (erfasst über die Postleitzahl) vom Stuttgarter Bahnhof. Daneben dürfte auch

die Nutzungsintensität der Bahn im Nah- und Fernverkehr eine Rolle spielen. Erneut sind hier zwei gegenläufige Szenarien plausibel. So haben häufige Bahnnutzer während der langen Baumaßnahme mit negativen Auswirkungen zu rechnen. Stimmen jedoch die Voraussagen der Deutschen Bahn (schnellere Verbindungen) und glauben die Befragten an diese, so könnten sie langfristig eine Verbesserung der eigenen Situation erhoffen, was sich wiederum mindernd auf die Höhe der Wut über Stuttgart 21 auswirken würde. Die Bahnnutzung wird durch eine selbst erstellte Variable erhoben, die angibt, ob die Person die Bahn im Nah- oder Fernverkehr sehr häufig (einmal pro Woche und öfter), häufig (ein bis dreimal im Monat), selten (ein bis mehrmals im Jahr) oder nie nutzt.

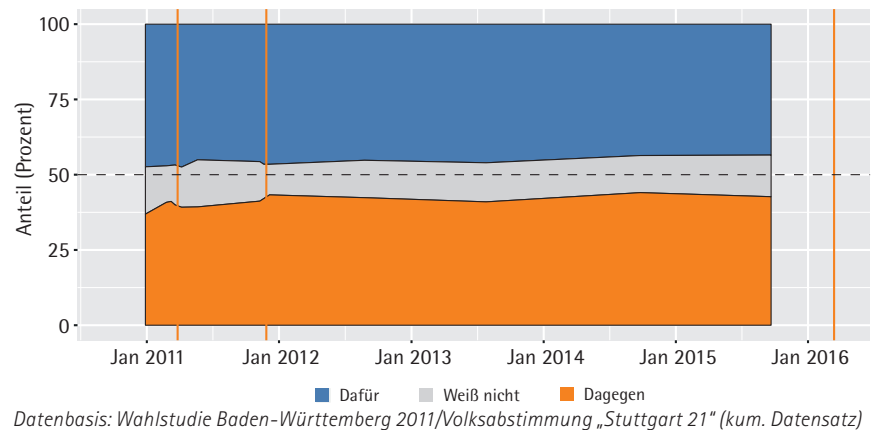
Emotionen und Einstellungen zu Stuttgart 21 sind sehr stabil

Bevor nun jedoch die Emotionen zu Stuttgart 21 in den Mittelpunkt gerückt werden, soll zunächst noch einmal die Stabilität der Einstellungen gegenüber dem Projekt betont werden (Grafik 1). In dieser und den folgenden Abbildungen werden dabei die Einstellungen und Emotionen jeweils im Zeitverlauf von der ersten bis zur letzten Befragungswelle dargestellt. Die orangenen senkrechten Linien markieren die drei wichtigsten politischen Ereignisse im Untersuchungszeitraum: die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011, die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 vom 27. November 2011 sowie die Landtagswahl vom 13. März 2016. Ab Grafik 2 markieren die grauen Schattierungen im Hintergrund zudem die jeweiligen Befragungszeiträume der Befragungswellen.

Wie aus der Abbildung ersichtlich, verändern sich die Positionen der Befragten nicht. Minimale Schwankungen sind allenfalls kurz nach der Landtagswahl 2011 erkennbar, diese durchbrechen jedoch zu keinem Zeitpunkt den für statische Auswertungen relevanten Vertrauensbereich. Das bedeutet, dass die Abweichungen so gering sind, dass hier davon ausgegangen werden muss, dass diese zufällig zustande gekommen sind.

Die Stabilität der Einstellungen zeigt sich dabei nicht nur auf der Aggregatebene, wie in der Abbildung dargestellt, sondern ist auch auf der Individualebene nachvollziehbar (nicht abgebildet). Die Befragten in unserer Studie lassen sich also fast zu gleichen Teilen in Gegner und Befürworter des Projektes aufteilen. Rund 15 Prozent

Grafik 1 Einstellungen zu Stuttgart 21 im Zeitverlauf



geben zudem an, dass sie nicht wissen, ob sie Gegner oder Befürworter sind.

Etwas anders verhält es sich mit den Emotionen zu Stuttgart 21 (Grafik 2). Für die Darstellung wurden jeweils zwei positive (Freude, Hoffnung) und zwei negative (Ärger, Wut) Emotionen aus dem Repertoire verfügbarer Emotionen innerhalb der Studie herausgegriffen. Auffällig ist hier, dass insbesondere die negativen Emotionen nach der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 Ende 2011 in ihrer Intensität abnehmen. Dies wird insbesondere im direkten Vergleich der beiden Befragungen vor und nach der Volksabstimmung deutlich. Auf der emotionalen Ebene zeigte die Volksabstimmung also eine klare Wirkung, die jedoch bereits bei der Befragung im Jahr 2012 beim Ärger wieder abnahm.

Schnell ins Auge fällt in dieser Beziehung auch die gegenläufige Veränderung der Freude, welche sich jedoch mit den Unterschieden zwischen Befürwortern und Gegnern erklären lässt (Grafik 3). So zeigen sich große Differenzen zwischen den beiden Gruppen, die auch den Kriterien statistischer Diskriminierung genügen, also für auf der Grundgesamtheit verallgemeinerbar anzunehmen sind. Insgesamt dominieren bei den Befürwortern erwartungsgemäß die positiven Emotionen, während die Gegner mit Stuttgart 21 eher die negativen Emotionen verknüpfen. Bei den letztgenannten zeigt sich zudem ein wesentlich größerer Unterschied bei der wahrgenommenen Intensität der Emotionen. Während bei den Befürwortern positive wie negative Emotionen noch relativ nahe beieinander liegen, ist dies bei den Gegnern nicht der Fall. Dies ist als weiteres Indiz dafür zu werten, dass die hohe Emotionalität bei dem Thema, die sich ja auch bei den Montagsdemonstratio-

nen zeigte, vornehmlich auf die gegnerische Seite zurückzuführen ist.

Abseits der reinen Aufgliederung nach Befürwortern und Gegnern sollen im Folgenden politische Einstellungen und soziodemografische Merkmale der Befragten im Vordergrund stehen, die mit der Wut auf Stuttgart 21 verknüpft werden. Die Beschränkung auf die Wut als zentrale negative Emotion liegt darin im Ansatz des Beitrages begründet: WutbürgerInnen waren zum Anfang des Untersuchungszeitpunktes die schillerndste Akteursgruppe auf Seiten der Gegner. Die namensgebende Emotion soll deshalb zentral sein.

Grafik 4 stellt die Wut über Stuttgart 21 im Zeitverlauf getrennt nach drei ideologischen Gruppen dar: Personen, die sich links der Mitte einordnen, Personen die sich eher mittig einordnen und Personen, die sich eher rechts der Mitte einordnen. Die Mitte wird hierbei durch einen Zahlenraum von 5 bis 7 auf einer 11er Skala definiert. Leichte Abweichungen in die eine oder andere Richtung werden für diese Darstellung also ebenfalls der Mitte zugeordnet.

Aus Mediendiskurs und der Analyse von Baumgartner und Rucht (2013) ließen sich zumindest auf Basis der Protestierenden zwei gegenläufige Hypothesen formulieren: Standen in Medien primär konservative, also in der Tendenz rechte, Personen im Fokus, beschreiben Baumgartner und Rucht (2013) „typische“ eher linksorientierte Protestierende. Die Gesamtschau unserer nicht repräsentativen Daten bestätigt eher die letztgenannte Hypothese. Wie in der Grafik ersichtlich sind es in dieser bivariaten Darstellung eher linke Befragte, die eine höhere Wutintensität in Bezug auf Stuttgart 21 angeben. Zwischen Personen der politischen Mitte und Rechts lassen sich

keine Unterschiede beschreiben. Auffällig ist zudem, dass die Wutintensität bei allen drei Gruppen nach der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 abnimmt. Während diese jedoch bei den Gruppen „Mitte“ und „Rechts“ im Anschluss gleich bleibt, ist bei der Gruppe „Links“ erneut ein Anstieg bis zur Befragung im Jahr 2013 erkennbar.

Ein ähnliches Muster zeigt sich auch bei der Betrachtung der verschiedenen Altersklassen (Grafik 5). Für diese wurde auf Basis der Medienanalyse formuliert, dass es sich primär um ältere Protestierende handelt, während die klassische Literatur zu sozialen Bewegungen von jungen Menschen berichtet, die sich gegen bestimmte Maßnahmen auflehnen.

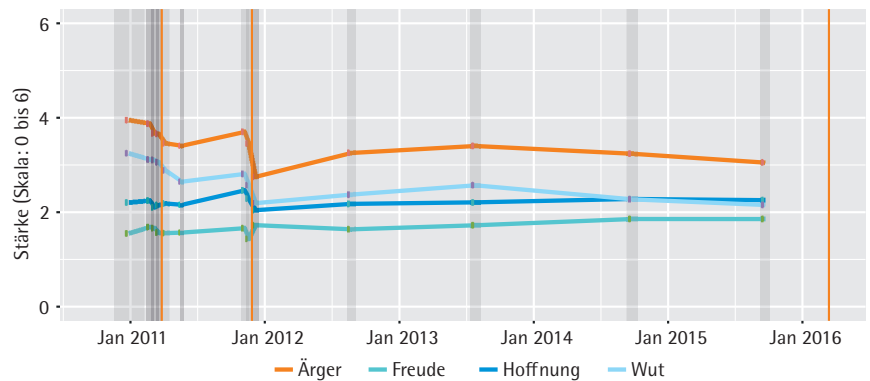
Dies lässt sich anhand der langfristigen Untersuchung in Baden-Württemberg nicht bestätigen. Vielmehr ist es die Altersklasse der 50 bis 67 jährigen Personen, die hier in ihrer Wutintensität nach oben abweicht. Die drei anderen Altersklassen zeigen hingegen kaum Differenzen, auch wenn das Gesamtphänomen des Abfalls der Wut nach der Volksabstimmung auch hier erkennbar ist und es abseits des leichten Anstieges nach der Volksabstimmung kaum Veränderungen mehr gab.

Gleiches lässt sich auch für die verschiedenen Bildungsgruppen aussagen (Grafik 6). Hier fasst die Klasse „niedrig“ Personen mit „Hauptschulabschluss und äquivalent und weniger“ zusammen. In der Kategorie „mittel“ sind Personen mit Realschulabschluss und äquivalent und in „hoch“ Personen mit „Fachhochschulreife und äquivalent und höher“ enthalten. Bei dieser Kategorisierung sind es dabei die beiden höheren Gruppen, die einen leichten Unterschied zu den niedriggebildeten zeigen, in dem sie eine höhere Wutintensität aufweisen. Dies ist konsistent sowohl mit der „Bürgertums“ als auch der „linke Intellektuelle“-These, da beide Thesen tendenziell auf höhere Bildung referenzieren. Gegen Ende des Untersuchungszeitraumes nivellieren sich die Differenzen dann erneut zusehends und sind aus statistischer Sicht nicht mehr nachweisbar.

Als letztes soziodemografisches Merkmal soll nun noch auf die Differenzen zwischen den biologischen Geschlechtern eingegangen werden (Grafik 7). Hierzu ist jedoch lediglich anzumerken, dass es bei diesen auf Basis der bivariaten Analyse keine Differenzen gibt.

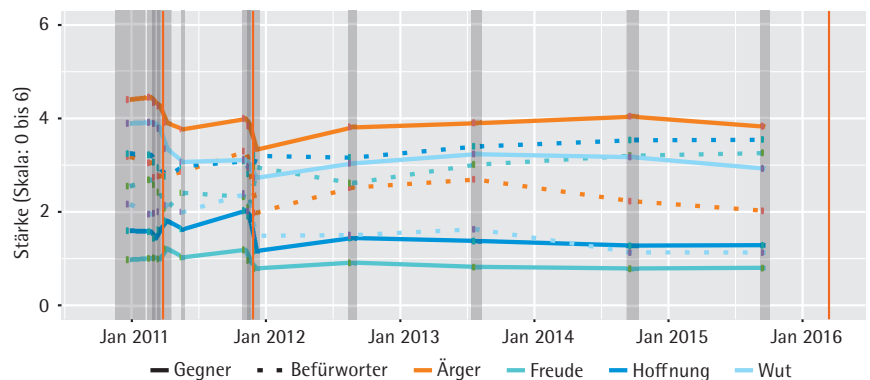
Anders verhält es sich bei den beiden erfassten Variablen zur Involviertheit in das

Grafik 2 Emotionen zu Stuttgart 21 im Zeitverlauf



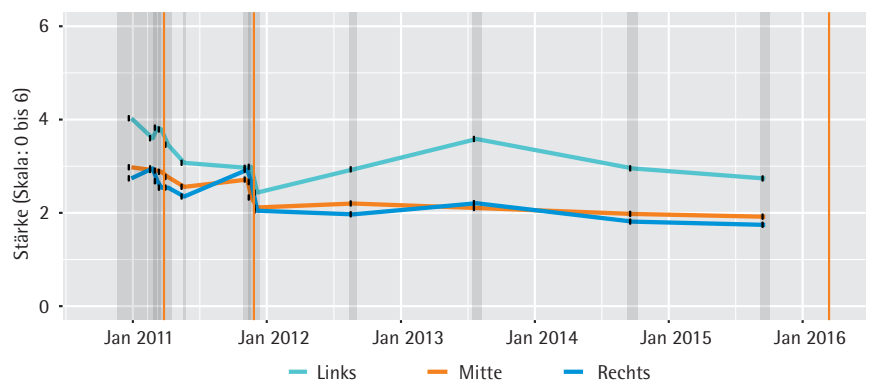
Datenbasis: Wahlstudie Baden-Württemberg 2011/Volksabstimmung „Stuttgart 21“ (kum. Datensatz)

Grafik 3 Emotionen zu Stuttgart 21 im Zeitverlauf nach Befürwortern und Gegnern von Stuttgart 21



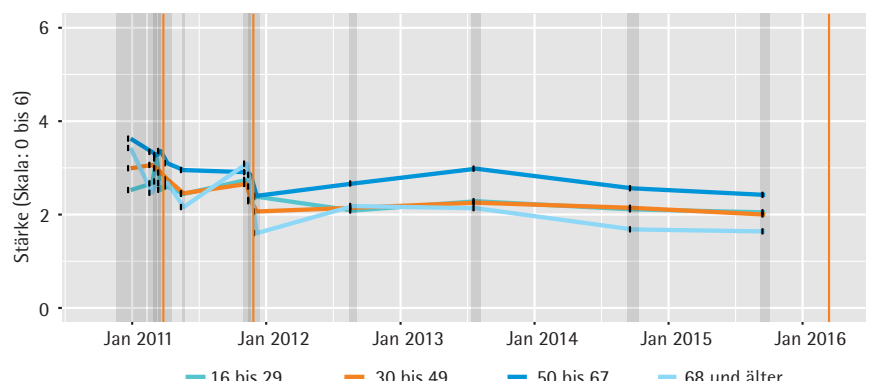
Datenbasis: Wahlstudie Baden-Württemberg 2011/Volksabstimmung „Stuttgart 21“ (kum. Datensatz)

Grafik 4 Wut über Stuttgart 21 im Zeitverlauf nach Links-Rechts Selbsteinstufung



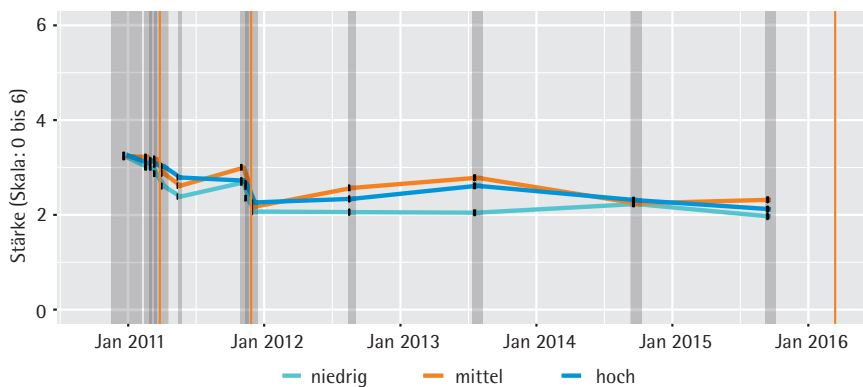
Datenbasis: Wahlstudie Baden-Württemberg 2011/Volksabstimmung „Stuttgart 21“ (kum. Datensatz)

Grafik 5 Wut über Stuttgart 21 im Zeitverlauf nach Altersklassen



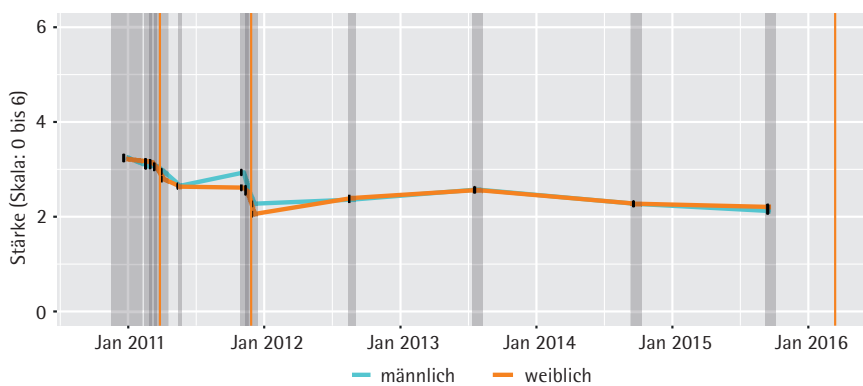
Datenbasis: Wahlstudie Baden-Württemberg 2011/Volksabstimmung „Stuttgart 21“ (kum. Datensatz)

Grafik 6 Wut über Stuttgart 21 im Zeitverlauf nach Bildung



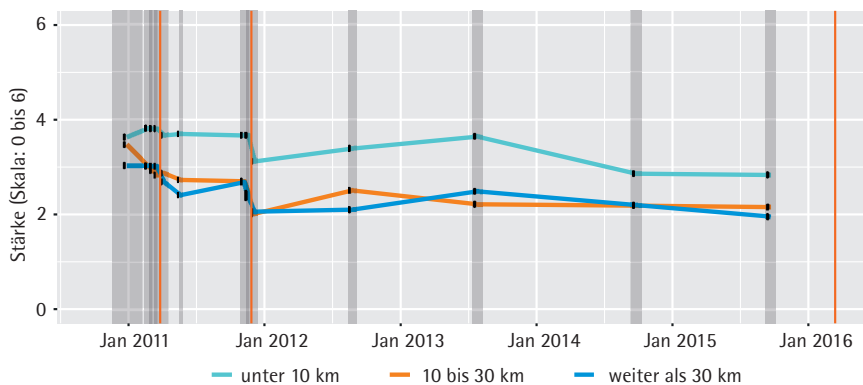
Datenbasis: Wahlstudie Baden-Württemberg 2011/Volksabstimmung „Stuttgart 21“ (kum. Datensatz)

Grafik 7 Wut über Stuttgart 21 im Zeitverlauf nach Geschlecht



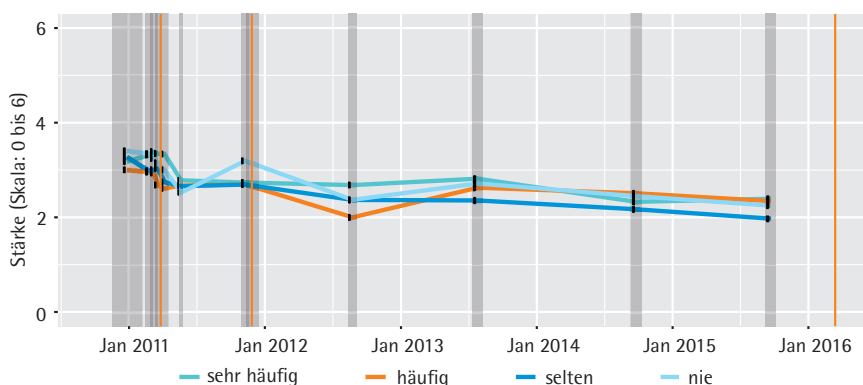
Datenbasis: Wahlstudie Baden-Württemberg 2011/Volksabstimmung „Stuttgart 21“ (kum. Datensatz)

Grafik 8: Wut über Stuttgart 21 im Zeitverlauf nach Entfernung des Wohnortes vom Stuttgarter Hauptbahnhof



Datenbasis: Wahlstudie Baden-Württemberg 2011/Volksabstimmung „Stuttgart 21“ (kum. Datensatz)

Grafik 9 Wut über Stuttgart 21 im Zeitverlauf nach Bahnnutzung



Datenbasis: Wahlstudie Baden-Württemberg 2011/Volksabstimmung „Stuttgart 21“ (kum. Datensatz)

Thema (Grafiken 8 und 9). Auf der Basis der Medienanalyse hatte ich die Hypothese aufgestellt, dass Personen, die in der Nähe des Bahnhofes wohnen gegenüber Stuttgart 21 auch eine höhere Wut empfinden. Der Mechanismus ist hierbei auf der einen Seite als ein „not in my backyard“-Effekt zu verstehen bei dem die negativen Umstände von Bauarbeiten (Lärm, Dreck) sich direkt auf das eigene Wohlbefinden auswirken, wie er auch von anderen Bauprojekten oder Projekten mit umweltschädlichen Einflüssen bekannt ist (Lober und Green 1992). Auf der anderen Seite steht eine Veränderung des Gewohnten, die insbesondere konservativen Personen, die Veränderungen gegenüber nicht allzu offen sind, zu höheren Wutniveaus führen dürfte.

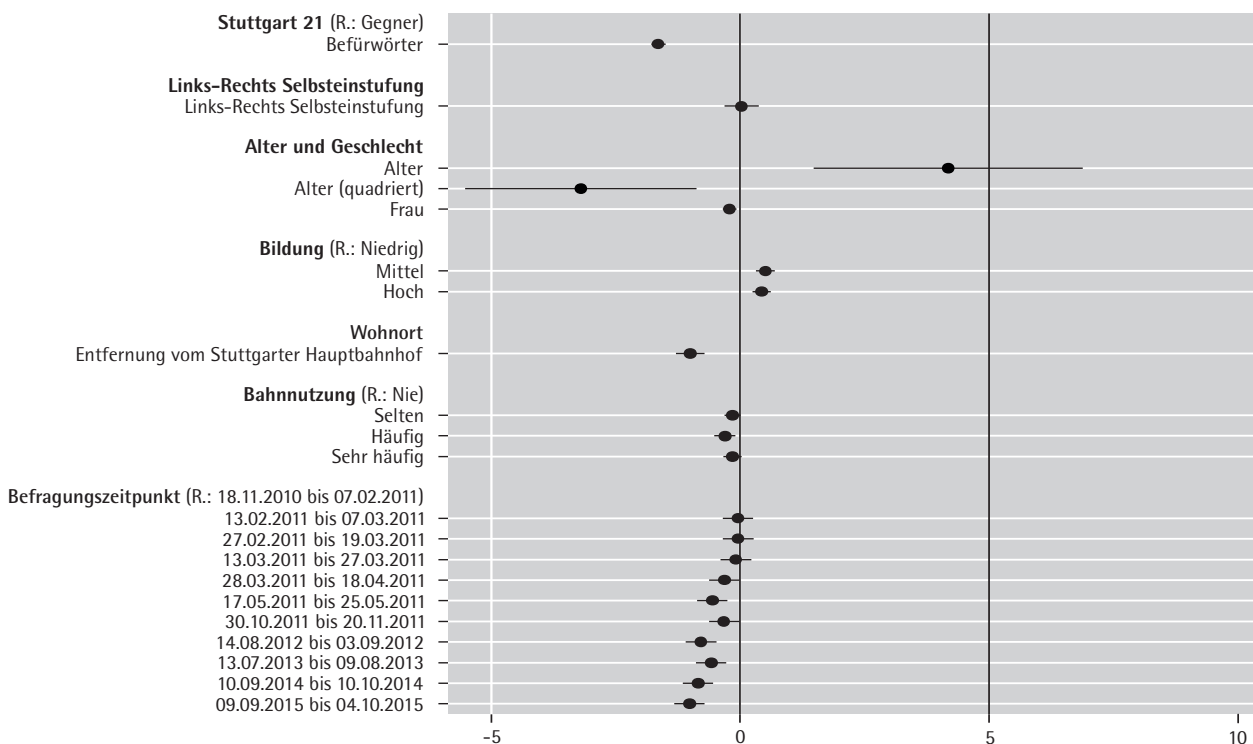
Diese Hypothese, nicht jedoch der genaue Mechanismus, lässt sich schon auf Basis der Grafik 8 zumindest für den bivariaten Fall bestätigen. So zeigen Personen, die unter 10 Kilometer vom Bahnhof entfernt wohnen die ganze Zeit über eine höhere Wutintensität. Änderungen im Zeitverlauf sind dabei erneut nur nach der Volksabstimmung zu erkennen.

Etwas schwieriger verhält es sich bei den Nutzern der Bahn. Zwar lässt sich der übliche Effekt der Volksabstimmung beschreiben, Unterschiede zwischen den Nutzungsgruppen sind anhand der Abbildung jedoch nicht erkennbar. So gilt es sowohl für die häufigen, als auch für die sehr wenig Nutzer, dass die Wut über Stuttgart 21 im Zeitverlauf abnahm. Eine leichte Differenz ist allenfalls bei den sehr häufigen Nutzern erkennbar. Die hier festgestellten Unterschiede erreichen jedoch nicht das für statistische Aussagekraft übliche Niveau, so dass diese nicht als solche interpretiert werden können.

Dieser Nicht-Existenz der Unterschiede könnte dabei auf die beiden gegeneinander wirkenden Mechanismen zurückzuführen sein, die im zweiten Kapitel vorgestellt wurden. Nachweisen oder entschlüsseln lässt sich dies anhand der Daten jedoch ebenfalls leider nicht.

Statt noch weiter die Ursachen und Unterschiede in den Wutniveaus herzuleiten, werden im Folgenden einmal alle Faktoren in einem gemeinsamen Modell zusammengefasst (Grafik 10). Bei dem Modell handelt es sich um eine sogenannte lineare Regression. Vereinfacht gesagt wird bei der linearen Regression versucht eine zu erklärende Variable, in diesem Fall die Wut

Grafik 10 Wut über Stuttgart 21 – Regressionsmodell



Datenbasis: Wahlstudie Baden-Württemberg 2011/Volksabstimmung „Stuttgart 21“ (kum. Datensatz); berichtet werden nicht standardisierte Regressionskoeffizienten; adj. $R^2 = 0,18$; RMSE = 2,0.

über Stuttgart 21, durch mehrere erklärende Variablen zu erklären. Die Einflüsse aller erklärenden Variablen sind dabei nicht voneinander unabhängig, sondern bedingen sich gegenseitig.⁴

Anhand der Punkte in der Abbildung lassen sich die Einflüsse der jeweiligen unabhängigen Variablen auf die Wut ablesen. Ein Punkt links der durchgezogenen schwarzen Linie steht dabei für einen negativen Effekt, also eine Verminderung der Wutintensität, und ein Punkt rechts der schwarzen Linie für einen positiven Effekt, also eine Erhöhung der Wutintensität. Die schwarzen Linien, die von den Punkten ausgehen, stellen die statistischen Vertrauensniveaus dar. Berühren diese Linien die schwarze Linie in der Mitte, so kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Effekt auch tatsächlich vorhanden ist (es kann zumindest nicht auf Basis der Daten nachgewiesen werden). Je breiter die Linien, desto höher der Grad der Unsicherheit bei der Schätzung des Einflusses auf die Wutintensität.

Von oben nach unten lesend lassen sich die Ergebnisse des zusammenfassenden Modells wie folgt interpretieren:

Wie bereits bei den bivariaten Analysen deutlich wurde, gibt es einen großen Unterschied zwischen Befürwortern und Gegnern des Projektes in Bezug auf die Wutintensität.

So sind es insbesondere die Gegner, die große Wut über das Projekt Stuttgart 21 empfinden. Für die eigene Positionierung auf der Links-Rechts-Achse, also dem Maß für die ideologische Verortung, lässt sich hingegen – anders auf Basis der Grafik 4 vermutet – kein Effekt nachweisen. Politische Ideologie beeinflusst die Wut über das Infrastrukturprojekt auf Basis meiner Datenbasis nicht. Weitere positive Effekte gehen zudem vom Alter und höherer Bildung aus, wenngleich die Höhe der Einflüsse in der Gesamtschau nicht allzu hoch. So führen höhere Bildung und ein höheres Alter insgesamt zu einer tendenziell höher empfundenen Wut.

Im Bereich der Involviertheit ist erkennbar, dass sowohl die (weitere) Entfernung vom Bahnhof, als auch die häufige Nutzung der Bahn sich negativ auf die Wutintensität auswirken. Personen, die also entweder weit entfernt vom Stuttgarter Hauptbahnhof wohnen und/oder häufig die Bahn als Verkehrsmittel nutzen, verspüren weniger Wut über Stuttgart 21.

Weiterhin gibt es einen negativen Effekt des fortschreitenden Befragungszeitpunktes. Je später die Befragung durchgeführt wurde, desto größer wird der errechnete Effekt. Dies spricht dafür, dass die Wut über Stuttgart 21 im Zeitverlauf insgesamt abgenommen hat. Die Bürgerinnen und Bürger, gleich welche soziodemografischen Eigenschaften

und Einstellungen sie aufweisen, sind heute weitaus weniger wütend über Stuttgart 21 als noch zu Beginn des Untersuchungszeitraumes. Dies ist insgesamt wohl auch der bedeutsamste Befund der Analyse.

Aus statistischer Sicht funktioniert das Modell insgesamt mäßig gut um die Wut über Stuttgart 21 zu erklären. So sind nur 18% der Variation der Wut auf die im Modell implementierten Variablen zurückzuführen und der Standardfehler der Schätzung liegt relativ hoch.

Fazit

Dennoch lassen die hier angeführten Analysen einige Schlüsse zu. Wie in der Einleitung formuliert verfolgte dieser Beitrag das Ziel die Entwicklung von Emotionen rund um Stuttgart 21, insbesondere der Wut über Stuttgart 21, noch einmal über die gesamte Legislaturperiode der ersten grün-roten Regierung von Baden-Württemberg zu skizzieren. Das Hauptinteresse galt dabei insbesondere der Frage, wie sich die Wut in verschiedenen Teilen der Bevölkerung im Zeitverlauf entwickelt hat.

Für die Gesamtbevölkerung ist dies eindeutig: Waren die Befragten unserer Studie zu Beginn des Untersuchungszeitraumes noch sehr wütend über Stuttgart 21, so verlor sich diese Wut nach der Volksabstimmung

zumindest für den Moment schlagartig zu einem nicht unwesentlichen Anteil, nahm im Anschluss aber erneut leicht zu. Dies geschah über alle hier dargestellten Merkmale gleichermaßen, sodass man von einem globalen/bevölkerungsumspannenden Effekt der Volksabstimmung auf die Wut über Stuttgart 21 ausgehen kann.

Die Wut über Stuttgart 21 wird daneben primär über die Gegner des Projektes gesteuert. Zu sagen, dass die Gegner dabei eine homogene Gruppe, eben „konservative Bürgerliche“ oder „junge Revoluzzer“ sind, wäre jedoch wahrscheinlich zu kurz gegriffen. Hierzu sind die beobachteten Effekte nicht gleichförmig, nicht eindeutig genug, was insbesondere für die ideologische Dimension gilt. Stattdessen spielt Involviertheit eine bislang in Analysen vielleicht zu wenig beachtete Rolle bei der Analyse der Wut über das Projekt, sowie – wahrscheinlich – aus der Psychologie bekannte Faktoren der Persönlichkeit.

Letztere spannen gleichzeitig den Raum für die weitere Erforschung des Phänomens Wutbürger auf. Die hier vorgenommene Analyse hat sich primär auf soziodemographische Faktoren, sowie Involviertheit in den Sachgegenstand sowie eine ideologische Komponente gestützt. Neben diesen Gründen für Wut ist es jedoch wahrscheinlich, dass auch die Persönlichkeit der Befragten bei der empfundenen Wut eine Rolle spielen könnte. Daneben wäre vorstellbar, dass mit der Wut eine Art Protest- und Partizipationskultur eingeht, die in diesem Beitrag ebenfalls nicht beleuchtet wurde, für die sich langfristige Paneldaten aber anbieten: Wie beeinflusst weitere Erfahrung mit Protesten und partizipativen Elementen die Einstellungen und Emotionen zu großen Infrastrukturprojekten? Und können auf Basis dieser Forschung nicht auch weitere Maßnahmen entwickelt werden, die der hohen Emotionalität des Themas entgegenstehen?

Neben den inhaltlichen Überlegungen wäre es zudem wünschenswert die Ergebnisse noch einmal mit repräsentativen Daten zu replizieren und zu validieren. Online-Panels waren für die gegebene Studie aufgrund des speziellen Designs und aus Kostengründen vorteilhaft, sind letztlich aber auch immer mit den bereits beschriebenen Makeln behaftet. Eine Studie, deren Panel auf eine telefonischen Stichprobe beruht und die mehr „frische“ Respondenten pro Welle hinzugewinnt, würde unter der Maßgabe eines erheblichen Kostenmehraufwandes eine höhere Datenqualität sicherstellen.

Dennoch lässt sich in der Gesamtschau und dem Effekt der Volksabstimmung aus der Analyse bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt ableiten, dass es vielleicht gar nicht so wichtig sein könnte, wer aus der Bevölkerung nun zum Wutbürger wurde und wer nicht. Die Effekte sind schließlich in allen Gruppen gleich, auch wenn manche eher dafür anfällig sind als andere. Wichtig hingegen ist es, die Personen in ihrer Wut abzuholen und der Wut mit geeigneten Maßnahmen entgegenzutreten, so wie es mit der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 getan wurde.

Literatur

- Baumgarten, B., & Rucht, D. (2013). Die Protestierenden gegen ‚Stuttgart 21‘ – einzigartig oder typisch? In F. Brettschneider & W. Schuster (Hrsg.), *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz* (S. 97–126). Wiesbaden: Springer VS.
- Blumenberg, J. N., & Faas, T. (2013). Stuttgart 21: Einstellungen und Emotionen. In U. Wagschal, U. Eith, & M. Wehner (Hrsg.), *Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg* (S. 229–246). Nomos.
- Blumenberg, J. N., & Faas, T. (2017). Sag, wie hältst Du's mit Grün-Rot? Die grün-rote Landesregierung im Urteil der Wähler, 2011 bis 2015. In F. Hörisch & S. Wurster (Hrsg.), *Das grün-rote Experiment – Eine Bilanz der Landesregierung Kretschmann*. Springer VS.
- Faas, T., Arzheimer, K., & Roßteutscher, S. (Hrsg.). (2010). *Information - Wahrnehmung - Emotion: Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Faas, T., & Blumenberg, J. N. (2012). Die Vermessung der Dynamik: eine rollierende Panelstudie im Vorfeld der baden-württembergischen Landtagswahl 2011. *Methoden, Daten, Analysen (mda)*, 6(2), 157–183.
- Faas, T., & Blumenberg, J. N. (2013). Jenseits der Volksabstimmung: Einstellungen zu „Stuttgart 21“ und zur Demokratie in Baden-Württemberg, 2010–2012. In F. Brettschneider & W. Schuster (Hrsg.), *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz* (S. 299–318). Springer VS.
- Lober, D. J., & Green, D. P. (1994). NIMBY or NIABY: A Logit Model of Opposition to Solid-waste-disposal Facility Siting. *Journal of Environmental Management*, 40(1), 33–50.
- Rucht, D. (2007). Zum Profil der Protestierenden in Deutschland. *Forschungsjour-*

nal Neue Soziale Bewegungen, 20(1), 13–21.

- Kurbjuweit, D. (2010). Der Wutbürger. *Spiegel*, pp. 26–27.
- Wagschal, U., Eith, U., & Wehner, M. (Hrsg.). (2013). *Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg*: Nomos.
- 1 *Der Anfang dieses Kapitels wurde stark an Faas und Blumenberg (2013) angelehnt, da es sich um die Beschreibung der gleichen Datenbasis handelt.*
 - 2 *Die „Wahlstudie Baden-Württemberg“ wurde vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg im Rahmen seines Juniorprofessorenprogramms gefördert; das Projekt hatte eine Laufzeit von September 2010 bis September 2012 und wurde von Thorsten Faas am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim geleitet.*
 - 3 *Das von Thorsten Faas (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) und Rüdiger Schmitt-Beck (Universität Mannheim) geleitete Projekt „Volksabstimmung ‚Stuttgart 21‘“ wurde aus Mitteln des Staatsministeriums Baden-Württemberg finanziert. Gleiches gilt für die Studie „Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“.*
 - 4 *Aus verschiedenen Gründen ist die Verwendung der linearen Regression bei (gepoolten) Paneldaten nicht unproblematisch. Aus diesem Grund wurde zusätzlich eine lineare Panelregression mit fixed effects berechnet, die jedoch die Ergebnisse des „einfachen“ Modells im Wesentlichen bestätigt, weshalb an dieser Stelle die Darstellung auf die des einfachen Modells begrenzt wird. Ebenfalls aus Darstellungsgründen wurden alle metrischen Variablen für die Erstellung der Abbildung auf einen Wertebereich 0 bis 1 normiert. Dies verändert weder die statistische Signifikanz noch die Richtung der Effekte, jedoch aber die Größe der nicht standardisierten Effektkoeffizienten. Diese können nun wie folgt interpretiert werden: Verändert sich der Wert der jeweiligen unabhängigen Variable vom kleinsten auf den größten Wert, so verändert sich der vorhergesagte Wert der abhängigen Variable (also der Wut) um den angegebenen Regressionskoeffizienten.*

Erwerbseinstieg beschleunigt Erstheirat von Frauen auch in den neuen Bundesländern

Ein Kohorten-Vergleich mit Daten des Nationalen Bildungspanels

Ökonomischer Unabhängigkeit, die insbesondere durch die Aufnahme einer ersten Erwerbstätigkeit im Lebensverlauf markiert wird, kommt auch für Prozesse der Familienbildung eine wichtige Rolle zu. Männer sind häufig nicht mehr die Alleinversorger der Familie. Hingegen gewinnt die Erwerbstätigkeit der Frau durch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie zunehmende Bildungs- und Erwerbsbeteiligung an Bedeutung. Es kann deshalb erwartet werden, dass die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bei Frauen den Zeitpunkt der ersten Eheschließung – zumindest unter marktwirtschaftlichen Bedingungen – beeinflusst. Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, diese Annahme empirisch für Deutschland zu überprüfen unter besonderer Berücksichtigung der speziellen gesellschaftlichen Kontexte der ehemaligen DDR und BRD. Dafür vergleichen wir die Erwerbs- und Heiratsverläufe von zwischen 1944 und 1988 geborenen ost- und westdeutschen Frauen über fünf Geburtskohorten.

Ökonomische Unabhängigkeit als Voraussetzung für eine Heirat

Nach der von Becker aufgestellten so genannten „ökonomischen Unabhängigkeitshypothese“ verringert die ökonomische Unabhängigkeit der Frau den Nutzen einer Ehe, da beide Partner geringere Spezialisierungsgewinne (ehespezifische Arbeitsteilung) aus der Ehe realisieren (Becker, 1981). Empirisch konnte jedoch nicht nachgewiesen werden, dass die ökonomische Unabhängigkeit einer Frau ihre Heiratswahrscheinlichkeit verringert. Stattdessen scheint es sogar einen positiven Zusammenhang zwischen der ökonomischen Unabhängigkeit einer Frau und ihrer Heiratswahrscheinlichkeit zu geben (siehe Oppenheimer, 1997).

Nach Oppenheimer (1988) kann die Suche nach einem geeigneten Ehepartner mit der Suche nach einem geeigneten Job verglichen werden. Die Auswahl eines geeigneten Partners erfolgt mittels Orientierung an offensichtlichen Eigenschaften wie Alter, physikalische Attraktivität, Bildung, Erwerbsstatus und Einkommen. Ebenso kann erwartet werden, dass diese Faktoren auch den Zeitpunkt der Eheschließung beeinflussen. Je sicherer sich eine Person ist, dass der Partner die gewünschten Attribute hat oder in Zukunft haben wird, desto schneller wird sie eine Heirat eingehen. Ein wichtiger Teil dieser Eigenschaften ist die ökonomische Unabhängigkeit. Der Übergang ins Erwerbsleben ermöglicht es, unabhängig vom Elternhaus zu werden und einen eigenen Haushalt bzw. eine Familie zu gründen. Instabile und prekäre Beschäftigungsverhältnisse erlauben diesen Schritt ebenfalls, sind aber mit einer größeren Unsicherheit verbunden.

Wie wichtig die ökonomische Unabhängigkeit der Frau dabei für den Übergang in die erste Ehe ist, hängt nach Oppenheimer (1988) vom gesellschaftlichen Kontext ab. In Gesellschaften, in denen es eine klare geschlechterspezifische Rollenverteilung gibt und es vornehmlich die Aufgabe des Mannes ist, die Familie zu versorgen, werden hauptsächlich der Erwerbsstatus und das

Die zunehmende Bildungs- und insbesondere Erwerbsbeteiligung von Frauen in den westlichen Industrienationen seit den 1970er Jahren kann einerseits durch veränderte Geschlechterrollen erklärt werden, andererseits durch den demografischen Wandel. So führen unter anderem rückläufige Geburtszahlen zu einem erhöhten Bedarf an Arbeitskräften. Gleichzeitig sind die Beschäftigungsverhältnisse von Männern insbesondere durch strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt (z.B. technischer Fortschritt, Automatisierung des Arbeitsprozesses) weniger stabil und vorhersehbar geworden (Blossfeld, Buchholz, Bukodi, & Kurz, 2008; Oppenheimer, 1994). Dies macht die alleinige Versorgung der Familie durch den Mann kaum noch möglich bzw. sehr risikoreich. Es ist zu erwarten, dass diese Veränderungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt auch zu Veränderungen in Familienprozessen führen.

Empirische Ergebnisse stützen diese Annahme. So konnte gezeigt werden, dass die längere Verweildauer von Frauen im Bildungssystem sowohl in den USA (Goldscheider & Waite, 1986; Sweeney, 2002) als auch in Deutschland (Blossfeld & Huinink, 1991; Blossfeld & Jaenichen, 1992) zu einer zeitlichen Verzögerung der ersten Eheschließung geführt haben (Institutioneneffekt). Die Verweildauer im Bildungssystem stellt jedoch nur eine indirekte Messung ökonomischer Unabhängigkeit dar.

Studien, welche die ökonomische Unabhängigkeit direkter operationalisieren, wurden

vornehmlich mit US-amerikanischen Daten durchgeführt. Für das Einkommen zeigt sich in einigen Studien ein beschleunigender Effekt auf den Übergang in die erste Ehe (Clarkberg, 1999; Sweeney, 2002), während in anderen Studien jedoch kein Effekt gefunden wurde (Smock & Manning, 1997). Die Partizipation am Arbeitsmarkt wirkt sich beschleunigend auf den Zeitpunkt der ersten Ehe aus, auch unter Kontrolle der Verweildauer im Bildungssystem (Goldscheider & Waite, 1986). Dieser Zusammenhang findet sich auch in den wenigen deutschen Studien zum Thema (Blossfeld & Jaenichen, 1990; Tölke, 1993). Die Ergebnisse der deutschen Studien basieren jedoch auf relativ alten Daten und betrachten zudem ausschließlich die Situation von westdeutschen Frauen. Es finden sich jedoch in einigen Studien Anhaltspunkte, dass die veränderten ökonomischen Bedingungen in der ehemaligen DDR nach der Wiedervereinigung zu einer drastischen Verzögerung des Übergangs in die erste Ehe geführt haben (Adler, 1997; Rudd, 2000).

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, den Zusammenhang zwischen ökonomischer Unabhängigkeit von Frauen – operationalisiert als Eintritt ins Erwerbsleben – und ihrem Übergang in die erste Ehe sowohl einerseits mittels eines Vergleiches über die Zeit und andererseits mittels eines Vergleiches der spezifischen gesellschaftlichen Kontexte in Westen und Osten Deutschlands zu analysieren.

Einkommen des Mannes den Zeitpunkt der ersten Eheschließung beeinflussen. Gewinnt die ökonomische Unabhängigkeit der Frau im Vergleich zum Mann gesellschaftlich an Bedeutung, kann davon ausgegangen werden, dass auch ihr Einfluss auf das Timing der Erstheirat zunimmt.

Wiedererstarke traditioneller Rollenverteilung nach Wiedervereinigung in Ostdeutschland

Von 1949 bis 1990 war Deutschland in zwei Staaten mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen getrennt: das System der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Westen und das System der sozialistischen Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Osten. Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten 1990 zur (gesamtdeutschen) Bundesrepublik übernahm der Osten Deutschlands das politische und wirtschaftliche System des Westens.

Bis in die 1960er war die Alleinversorgung durch den Mann die dominante Familienform in der ehemaligen BRD. Dieses Modell wurde stark vom Wohlfahrtsstaat gefördert (geringere Steuerlast, wenn ein Ehepartner nicht oder nur Teilzeit arbeitet; nur wenig und teure Möglichkeiten der Kinderbetreuung) und von der normativen Erwartungshaltung, dass Mütter ihre Kinder zuhause erziehen, gestützt (Adler 1997). Ergebnis war eine starke geschlechterspezifische Rollenverteilung im Familien- und Arbeitsleben.

Im Rahmen der Studenten- und Frauenbewegung in den 1960er und 70er Jahren wurden die geschlechtsspezifischen Rollenbilder vehement in Frage gestellt. Von der Bildungsexpansion der 1970er profitierten in erster Linie die Frauen, welche ihre Bildungs- und Erwerbsbeteiligung ausweiteten. Gleichzeitig hat sich die Arbeitsmarktsituation der Männern in den industrialisierten westlichen Ländern in den 1980er und 90er Jahren verschlechtert, sowohl in Bezug auf das Einkommen als auch in Bezug auf die Arbeitsplatzsicherheit (Blossfeld et al., 2008; Oppenheimer, 1994). Oft ist ein Erwerbseinkommen nicht mehr ausreichend, um die ökonomische Sicherheit der Familie zu gewährleisten (Oppenheimer, 1994). Diese Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Geschlechterrollen wurden jedoch nur bedingt von institutionellen Veränderungen bekleidet. So setzt das deutsche Steuersystem nach wie vor starke Anreize

dazu, dass ein Ehepartner nicht oder nur in Teilzeit arbeitet; die Betreuungsangebote für Kleinkinder sind begrenzt und es gibt wenig Ganztagschulen. Unter anderem deshalb arbeiten nur in 20 % aller Familien in Deutschland beide Eltern in Vollzeit (OECD, 2016).

In der DDR hatten Ehe und Familie einen besonders hohen Stellenwert, sowohl individuell als auch gesellschaftlich. Es wurden daher zahlreiche Anreize zur Heirat und Familiengründung gegeben. So hatten nur verheiratete Paare Zugang zu eigenen Wohnungen. Zudem mangelte es in der DDR als einer Gesellschaft mit verhältnismäßig stabilen und vorhersehbaren Lebensläufen an alternativen Lebensstilen zum Leben in der Familie als Form der individuellen Lebensgestaltung (Huinink & Wagner, 1995). Sowohl die Gehaltsstrukturen als auch das Steuersystem waren auf Familien mit zwei gleichberechtigten Versorgern ausgelegt (Adler, 1997; Trappe & Rosenfeld, 2004). Frauen wurden als Arbeitskräfte gebraucht. Arbeitsmarktpartizipation beider Geschlechter und Familienleben waren daher in der DDR hochkompatibel. Zusätzlich waren die Arbeitskarrieren gut vorhersehbar und planbar und es gab faktisch keine Arbeitslosigkeit.

Mit der Wiedervereinigung sind zahlreiche Vorteile von ostdeutschen Frauen gegenüber westdeutschen – wie Beschäftigungsgarantie, staatliche Unterstützung zur Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben, ein umfangreiches Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder, sowie ein liberales Scheidungs- und Abtreibungsgesetz – schlagartig weggefallen (Adler, 1997). Zusätzlich kam es zu einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen, von dem neben älteren Arbeitnehmern und Geringqualifizierten insbesondere Frauen betroffen waren (Lutz & Grünert, 1996).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in Westdeutschland eine langsame aber stetige Entwicklung von traditionellen hin zu egalitären Geschlechterverhältnissen im Familien- und Erwerbsleben zu beobachten war und ist, während in Ostdeutschland eine umgekehrte Entwicklung nach der Wiedervereinigung stattfand. Ergebnis ist in beiden Fällen eine Doppelverdiener-Ehe mit einem in Vollzeit erwerbstätigem Mann und einer in Teilzeit erwerbstätigen Frau, welche maßgeblich die Arbeit im Haushalt und der Kindererziehung übernimmt (Beyer, 1992; Holst & Wieber, 2014). Aus Oppenheimers Suchtheorie und den dargelegten Entwick-

lungen in Ost- und Westdeutschland leiten wir folgende Hypothesen ab:

Allgemeine Hypothesen

„Ökonomischer Unabhängigkeitseffekt“:

- H1: Der Eintritt von Frauen in das Erwerbsleben beschleunigt den Übergang in die erste Ehe.
- H2: Die beschleunigende Wirkung des Eintritts in das Erwerbsleben auf den Übergang in die Ehe ist stärker, wenn die Frau in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis einsteigt.

Ost-West-Unterschiede

„Kohorten- und Wiedervereinigungseffekt“:

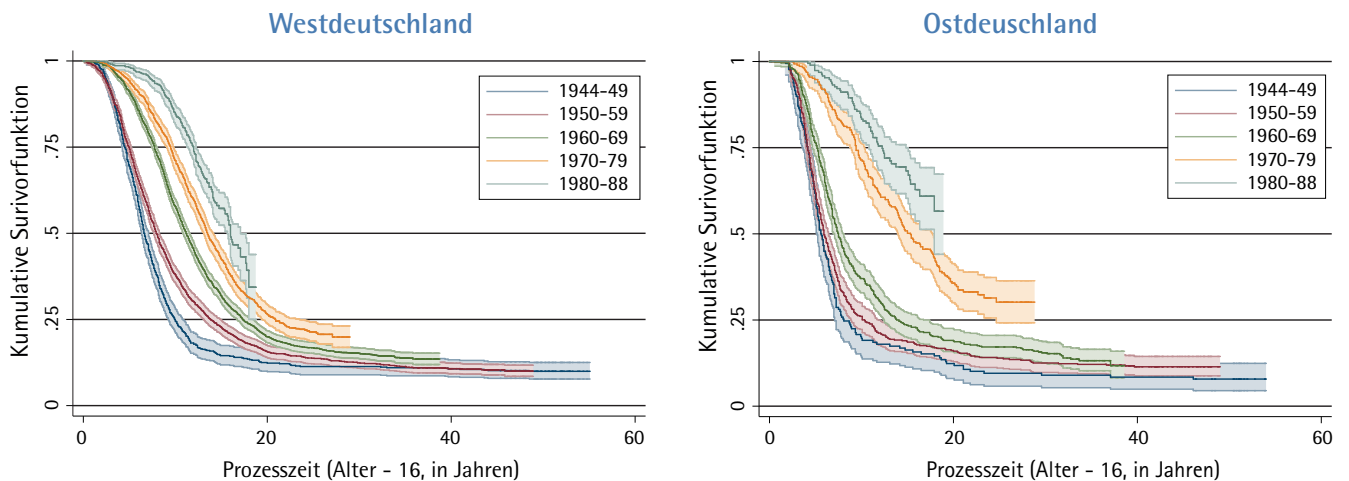
- H3: In Westdeutschland nimmt der ökonomische Unabhängigkeitseffekt über die Kohorten hinweg zu.
- H4: In Ostdeutschland gibt es für die Kohorten, welche vor der Wiedervereinigung ihre Ausbildungsphase abgeschlossen haben, keinen ökonomische Unabhängigkeitseffekt.
- H5: In Ostdeutschland gibt es für die Kohorten, welche nach der Wiedervereinigung ihre Ausbildungsphase abgeschlossen haben, einen beschleunigenden Effekt des Erwerbseintritts auf den Übergang in die erste Ehe.

Ereignisdatenanalyse auf Basis des Nationalen Bildungspanels

Wir analysieren die aufgestellten Hypothesen mit Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) (Blossfeld, Roßbach, & von Maurice, 2011). Dafür nutzen wir die neusten Daten der Erwachsenenkohorte (Startkohorte 6), welche ca. 17.000 zwischen 1944 und 1988 in Ost- und Westdeutschland geborene Personen umfasst.¹ Nach Ausschluss von Männern, Migranten und Personen mit fehlenden Werten bei wichtigen Variablen, verbleiben wir mit einem „Sample“ von 7.621 Frauen für unsere Analysen.

Um dem dynamischen Charakter unseres Forschungsdesigns gerecht zu werden, verwenden wir für unsere empirischen Analysen Verfahren der Ereignisdatenanalyse. Die abhängige Variable in unseren Modellen ist die sogenannte „Hazard-Rate“. Sie beschreibt die Wahrscheinlichkeit dass eine Frau in dem betrachteten Monat zum ersten Mal heiratet, wobei jedoch nur Frauen betrachtet werden, die mindestens 16 Jahre alt sind (gesetzliches Mindestalter für Ehen in Deutschland) und noch nie verheiratet waren. Zur Modellierung der Hazard-Rate verwenden wir eine Cox-Regression.

Grafik 1 Zeitpunkt der ersten Heirat von Frauen nach Geburtskohorte



Der eingefärbte Bereich um die Linien zeigt das 95%-Konfidenzintervall der Kaplan-Maier-Survivorfunktion an
 Datenbasis: Nationales Bildungspanel, Startkohorte Erwachsene, doi:10.5157/NEPS:SC6:7.0.0

Unsere zentrale unabhängige Variable ist der Erwerbseintritt auf Monatsbasis. Diesen definieren wir als den Zeitpunkt, zu dem die Frau zum ersten Mal eine dauerhafte Arbeitsstelle (Mindestdauer von 6 Monaten) antritt, ohne sich gleichzeitig noch im Bildungssystem zu befinden. Zusätzlich unterscheiden wir zwischen stabilen und instabilen (oder prekären) Beschäftigungsverhältnissen. Stabile Beschäftigungen werden dabei als unbefristete Vollzeit-Tätigkeiten definiert.

Wir unterscheiden zwischen Ost- und Westdeutschland nach dem Geburtsort der Person sowie zwischen fünf Geburtskohorten: 1944-1949, 1950-1959, 1960-1969, 1970-1979 und 1980-1988. Die ersten drei Kohorten sollten dabei ihre Ausbildungsphase bereits vor der Wiedervereinigung beendet haben, die jüngsten beiden danach. Zusätzlich kontrollieren wir den höchsten Bildungsabschluss, ob sich die Person aktuell im Bildungssystem befindet, ob die Frau gerade mit einem Partner zusammenwohnt und ob die Frau gerade schwanger ist bzw. bereits ihre erste Geburt hatte. Bis auf Geburtskohorte und Region (Ost/West) sind all unsere unabhängigen Variablen zeitveränderlich. Diese Variablen können theoretisch in jeden Monat, in dem Daten für die Frau verfügbar sind, variieren. Dies ermöglicht uns die Minimierung von Problemen umgedrehter Kausalität.

Deutliche Kohorten- und Regions-Unterschiede im Heiratsverhalten

Die Grafik 1 gibt einen ersten Überblick über die Verteilung der Heiratsereignisse im

Lebenslauf ost- und westdeutscher Frauen für unsere fünf Geburtskohorten. Ablesen lässt sich, dass die älteren Geburtskohorten sowohl in West- als auch in Ostdeutschland früher in die erste Ehe übergegangen sind als die jüngeren. Gleichzeitig lassen sich bereits deutliche Unterschiede im Heiratsverhalten ost- und westdeutscher Frauen erkennen. Während bei den westdeutschen Frauen eine recht lineare Zunahme des Alters bei der Erstheirat über die Kohorten hinweg zu erkennen ist, zeigt sich im Osten ein anderes Bild. Hier sind die Verläufe der Überlebensfunktion der ersten drei Kohorten sowie der vierten und fünften Kohorte nahezu identisch. Zwischen der dritten und

vierten Kohorte gibt es hingegen einen beträchtlichen Sprung.

Erwerbseinstieg von Frauen beschleunigt Erstheirat

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der Cox-Regression. Wie in Hypothese 1 erwartet, zeigt sich ein beschleunigender² und statistisch signifikanter Effekt des Erwerbseinstieges auf den Zeitpunkt der ersten Eheschließung. Der Erwerbseinstieg macht eine Heirat um etwa 30 % wahrscheinlicher (siehe Modell 1). Ebenfalls zeigt sich, entsprechend unserer Hypothese 2, dass der beschleunigende Effekt noch stärker ist, wenn die Frau eine stabile Beschäfti-

Tabelle 1 Cox-Regression der Dauer bis zur ersten Eheschließung

	Modell 1	Modell 2	Modell 3a	Modell 3b
Erwerbseinstieg	1.307 (0.000)	1.269 (0.000)	1.590 (0.002)	1.357 (0.163)
Stabiler Erwerbseinstieg		1.164 (0.000)		
<i>Interaktionen</i>				
Erwerbseinstieg * 1950-1959			0.606 (0.003)	0.579 (0.021)
Erwerbseinstieg * 1960-1969			0.956 (0.793)	0.652 (0.089)
Erwerbseinstieg * 1970-1979			0.915 (0.646)	1.711 (0.093)
Erwerbseinstieg * 1980-1988			1.166 (0.562)	1.721 (0.196)
N	7,621	7,621	5,946	1,675
Region	West und Ost	West und Ost	West	Ost

Hazard Ratios, p-Werte in Klammern; Kontrollvariablen: Kohorte, Ost-/West, Wiedervereinigung, Schwangerschaft/Geburt, Zusammenwohnen, Bildungsabschluss, noch im Bildungssystem.

Datenbasis: Nationales Bildungspanel, Startkohorte Erwachsene, doi:10.5157/NEPS:SC6:7.0.0

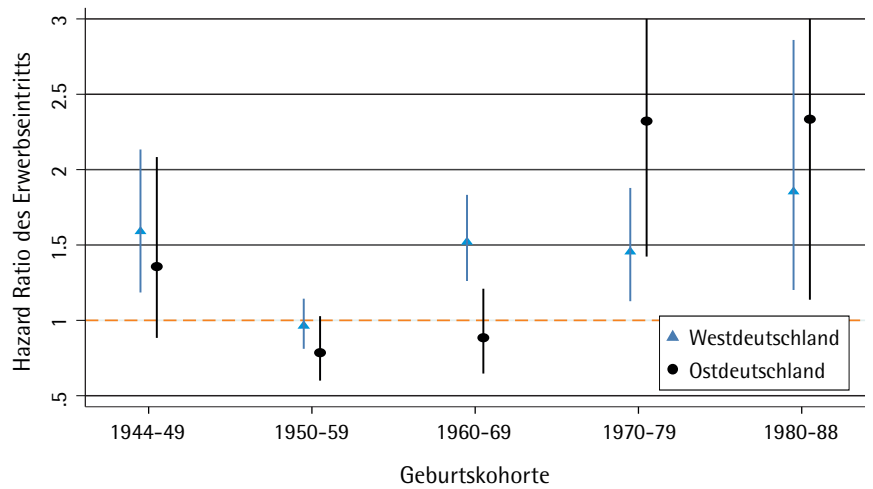
gung aufnimmt. Die Wahrscheinlichkeit einer Heirat ist für Frauen in einer stabilen Beschäftigung um 16 % höher als bei einer prekären Beschäftigung. Aber auch eine prekäre Beschäftigung wirkt beschleunigend auf den Zeitpunkt der Heirat, wenn auch weniger stark (siehe Modell 2).

Kein Zusammenhang zwischen Erwerbseinstieg und Heiratsver- halten in der früheren DDR

Die Ergebnisse der Cox-Regression der Modelle 3a (West) und 3b (Ost) sind zur einfacheren Übersichtlichkeit in Grafik 2 dargestellt. Die Grafik zeigt den geschätzten Effekt des Erwerbseintritts auf den Übergang in die erste Ehe getrennt für ost- und westdeutsche Frauen und nach Geburtskohorte. Werte oberhalb der gestrichelten roten Linie zeigen an, dass ein Übergang in die erste Ehe wahrscheinlicher wird (Beschleunigung), Werte unterhalb, dass ein Übergang in die Erste Ehe unwahrscheinlicher wird (Verzögerung). Für alle Kohorten in Westdeutschland (mit Ausnahme der zweiten), zeigt sich, dass der Erwerbseintritt von Frauen den Übergang in die erste Ehe beschleunigt. Der Erwerbseintritt erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Heirat um etwa 50 %. Für Frauen, die zwischen 1950 und 1959 geboren sind, hat der Erwerbseintritt hingegen keinen Effekt auf den Übergang in die erste Ehe. Entgegen der aufgestellten Hypothese 3 findet sich somit keine eindeutige Bestätigung für eine Zunahme des ökonomischen Unabhängigkeitseffekts über die Kohorten westdeutscher Frauen. Der Effekt scheint mit Ausnahme der zweiten Kohorte eher gleich stark geblieben zu sein. Ein leichter Anstieg des Effektes findet sich erst in der jüngsten Kohorte.

Der Effekt des Erwerbseinstieges unterscheidet sich teilweise deutlich in Ostdeutschland. Für die jüngste Kohorte ist der Effekt des Erwerbseinstieges etwas schwächer als in Westdeutschland und statistisch nicht signifikant. Für Frauen in Ostdeutschland die zwischen 1950 und 1969 geboren sind, zeigt sich, wie erwartet, kein positiver Effekt des Erwerbseinstieges. Der geschätzte Effekt ist sogar negativ, jedoch nicht statistisch signifikant. Für die zwei jüngsten Kohorten von Frauen in Ostdeutschland zeigt sich hingegen ein starker positiver und statistisch signifikanter Effekt des Erwerbseinstieges auf den Übergang in die erste Ehe. Der Erwerbseinstieg erhöht die Chance einer Heirat auf mehr als das Doppelte. Der Effekt

Grafik 2 Effekt des Erwerbseintritts auf den Zeitpunkt der ersten Eheschließung von west- und ostdeutschen Frauen nach Geburtskohorten (Hazard Ratios)



Die horizontalen Linien zeigen das 95%-Konfidenzintervall der Schätzer.

ist damit sogar etwas stärker als in Westdeutschland. Diese Ergebnisse entsprechen den in Hypothesen 4 und 5 formulierten Erwartungen.

Ein Problem unserer Analysen ist, dass wir nicht für den Erwerbseinstieg des (Ehe-) Partners kontrollieren können. Im „ungünstigsten“ Fall ist unser ökonomischer Unabhängigkeitseffekt der Frauen lediglich ein guter Indikator für den Erwerbseinstieg des (männlichen) Partners. Gegen diese Vermutung spricht hingegen, dass wir statistisch signifikante Unterschiede in den Effekten eines eher prekären und eines stabilen Beschäftigungsverhältnisses auf die Heiratsrate zeigen konnten.

Fazit

Gezeigt werden konnte, dass der Erwerbseintritt von Frauen zu einer Beschleunigung des Heiratsprozesses führt. Zwischen in Ost- und Westdeutschland geborenen Frauen bestehen diesbezüglich – wie erwartet – jedoch signifikante Unterschiede. Für westdeutsche Frauen hatte der Erwerbseintritt bereits in der ersten untersuchten Geburtskohorte (1944-49) einen beschleunigenden Effekt auf den Übergang in die erste Ehe. Eine Zunahme dieses Effektes lässt sich allerdings erst in der jüngsten Geburtskohorte (1980-88) beobachten. Für ostdeutsche Frauen hingegen ist der Erwerbseintritt überhaupt erst seit der vierten Geburtskohorte (1970-79) von Bedeutung für den Übergang in die erste Ehe.

Vor dem Hintergrund des DDR-Regimes ist dieses Ergebnis nicht verwunderlich. In

der DDR gab es nahezu Vollbeschäftigung. Der Erwerbsverlauf war vorhersehbar, eine Erwerbstätigkeit sicher. Die Heiratsentscheidung wurde deshalb in der DDR relativ unabhängig vom Erwerbsprozess und oft bereits vor dem Erwerbseinstieg getroffen. Dies änderte sich jedoch „schlagartig“ mit der Wiedervereinigung. Sowohl im Heirats- als auch im Erwerbsverhalten passten sich die ostdeutschen Frauen innerhalb kürzester Zeit an die westdeutschen Muster an. Da die Geburtskohorte 1970-79 die erste war, die zum Großteil sowohl nach der Wiedervereinigung heiratete, als auch ins Erwerbsleben einstieg, zeigt sich dieser „Anpassungseffekt“ hier besonders stark. Seitdem ist der Erwerbseinstieg der Frauen auch in Ostdeutschland von großer Bedeutung für den Zeitpunkt der Eheschließung. Über die Kohorten hinweg gewinnt der Erwerbseinstieg im Osten nun sogar stärker an Bedeutung als im Westen. Eine Erklärung hierfür könnte die nach wie vor schlechtere wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland sein. Diese macht einen zweiten Verdienener noch wichtiger für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Familie.

Literatur

- Adler, M. A. (1997). Social Change and Declines in Marriage and Fertility in Eastern Germany. *Journal of Marriage and the Family*, 59(1), 37-49.
- Becker, G. S. (1981). *A Treatise on the Family*. Contemporary Sociology (Vol. 22). Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Beyer, M. (1992). The situation of east German women in postunification Germany.

- Women's Studies International Forum*, 15(1), 111–114.
- Blossfeld, H.-P., Buchholz, S., Bukodi, E., & Kurz, K. (2008). *Young Workers, Globalization and the Labor Market. Comparing Early Working Life in Eleven Countries*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Blossfeld, H.-P., & Huinink, J. (1991). Human Capital Investments or Norms of Role Transition? How Women's Schooling and Career Affect the Process of Family Formation. *American Journal of Sociology*, 97(1), 143.
- Blossfeld, H.-P., & Jaenichen, U. (1990). Bildungsexpansion und Familienbildung: Wie wirkt sich die Höherqualifikation der Frauen auf ihre Neigung zu heiraten und Kinder zu bekommen aus? *Soziale Welt*, 43, 454–476.
- Blossfeld, H.-P., & Jaenichen, U. (1992). Educational Expansion and Changes in Women's Entry into Marriage and Motherhood in the Federal Republic of Germany. *Journal of Marriage and Family*, 54(2), 302–315.
- Blossfeld, H.-P., Roßbach, H.-G., & von Maurice, J. (2011). Education as a Lifelong Process – The German National Educational Panel Study (NEPS). *Zeitschrift Für Erziehungswissenschaft*, 14.
- Clarkberg, M. (1999). The price of partnering: The role of economic well-being in young adults' first union experiences. *Social Forces*, 77(3), 945–968.
- Goldscheider, F. K., & Waite, L. J. (1986). Sex Differences in the Entry Into Marriage. *American Journal of Sociology*, 92(1), 91.
- Holst, E., & Wieber, A. (2014). Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn. *DIW Wochenbericht*, 81(40), 967–976.
- Huinink, J., & Wagner, M. (1995). Partnerschaft, Ehe und Familie in der DDR. In J. Huinink, K. U. Mayer, M. Diewald, H. Solga, A. Sørensen, & H. Trappe (Eds.), *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach* (pp. 148–188). Berlin: Akademie-Verlag.
- Lutz, B., & Grünert, H. (1996). Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen in der DDR 1989 – 1993. In B. Lutz, H. M. Nickel, R. Schmidt, & A. Sorge (Eds.), *Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe* (pp. 69–120). Opladen: Leske + Budrich.
- OECD. (2016). Deutschland. Zusammenfassung. *OECD-Wirtschaftsberichte*. Retrieved from <https://www.oecd.org/berlin/publikationen/Wirtschaftsbericht-Deutschland-Zusammenfassung.pdf>
- Oppenheimer, V. K. (1988). A Theory of Marriage Timing. *American Journal of Sociology*, 94(3), 563.
- Oppenheimer, V. K. (1994). Women's rising employment and the future of the family in industrial societies. *Population and Development Review*, 20(2), 293–342.
- Oppenheimer, V. K. (1997). Women's employment and the gain to marriage: the specialization and trading model. *Annual Review of Sociology*, 23, 431–53.
- Rudd, E. C. (2000). Reconceptualizing Gender in Postsocialist Transformation. *Gender and Society*, 14(4), 517–539.
- Smock, P. J., & Manning, W. D. (1997). Cohabiting partners' economic circumstances and marriage. *Demography*, 34(3), 331–341.
- Sweeney, M. M. (2002). Two Decades of Family Change: The Shifting Economic Foundations of Marriage. *American Sociological Review*, 67(1), 132.
- Tölke, A. (1993). Erste Partnerschaften und Übergang zur Ehe. In A. Diekmann & S. Weick (Eds.), *Der Familienzyklus als sozialer Prozess. Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit den Methoden der Ereignisanalyse*. (pp. 109–135). Berlin: Duncker und Humblot.
- Trappe, H., & Rosenfeld, R. A. (2004). Occupational Sex Segregation and Family Formation in the Former East and West Germany. *Work and Occupations*, 31(2), 155–192.

- 1 Diese Arbeit nutzt Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS): Startkohorte Erwachsene, doi:10.5157/NEPS:SC6:7.0.0. Die Daten des NEPS wurden von 2008 bis 2013 als Teil des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung erhoben, welches vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wurde. Seit 2014 wird NEPS vom Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V. (LIjBi) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg in Kooperation mit einem deutschlandweiten Netzwerk weitergeführt.
- 2 Abgebildet sind die „Hazard Ratios“. Werte größer eins bedeuten einen beschleunigenden Effekt, Werte kleiner eins einen verlangsamenden Effekt.

Nora Skopek und Jascha Dräger
 GESIS
 Tel.: 0621 / 12 46 -277
 nora.skopek@gesis.org

Herausgeber

GESIS –
Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abt. Dauerbeobachtung der Gesellschaft
Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Telefon 0621 / 12 46-0
www.gesis.org/isi

Gestaltung

Bettina Zacharias

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ISSN 2199-9082
